

Die Gleichheit

Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen

Die „Gleichheit“ erscheint alle vierzehn Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pfennig, durch die Post vierteljährlich ohne Bestellgeld 35 Pfennig; unter Kreuzband 85 Pfennig. Jahres-Abonnement 2,60 Mark.

Stuttgart den 13. Dezember 1905

Zuschriften an die Redaktion der „Gleichheit“ sind zu richten an Frau Maria Zetkin (Zunbel), Wilhelmshöhe, Post Degerloch bei Stuttgart. Die Expedition befindet sich in Stuttgart, Furtwäch-Strasse 12.

Inhalts-Verzeichnis.

Der mit dem Zehnstundentag! Von Gustav Hoch. — Über Schulgesundheitspflege. VI. Von Dr. Zadel. — Der preussische Landtag. — „Zehn Gebote für die Männer.“ Von Heinrich Schulz. — Die Arbeiterinnen am Wiener Wahlrechtstag. Von Adelheid Popp. — Aus der Bewegung: Von der Agitation. — Von den Organisationen. — Jahresbericht der Leipziger Vertrauensperson. — Das Frauenstimmrecht in den Wahlrechtskämpfen des deutschen Proletariats. — Frauen bei Wahlen. — Agitation im fünften und dritten Schleswig-Holsteinischen Wahlkreis. Von Luise Zieg. — Politische Rundschau. Von G. L. — Gewerkschaftliche Rundschau. Notizenteil: Der Riesenkampf in der schiffisch-thüringischen Textilindustrie. — Adressenverzeichnis.

Beilagen: Nationalität. Von Gottfried Keller. (Gedicht). — Im neuen Dom. Von W. R. — Nikolai. Von Gottfried Keller. (Gedicht). — Die beiden Brüder. Von Iwan Turgenjef. — Wir sind die Saat. Von Otto Erich Hartleben. (Gedicht.)

Her mit dem Zehnstundentag!

Der Reichstag hat wieder seine Arbeit aufgenommen, und wieder sollen die Arbeiterinnen in ihrer Hoffnung auf Verkürzung der gesetzlichen zulässigen Arbeitszeit betrogen werden. Diese Tatsache muß auch die letzte Arbeiterin davon überzeugen, daß die schönen Worte der bürgerlichen Arbeiterfreunde über ihren großen Eifer für „des Vaterlandes Wohlfahrt und Ehre“ nichts als eine schamlose Komödie sind. Denn sonst wäre es nicht möglich, daß die Arbeiterinnen in Deutschland sich noch immer um die Erlangung des Zehnstundentags bemühen müssen.

In dieser Sache sind wahrlich schon längst Worte genug gewechselt. Seit fast 40 Jahren tritt die Sozialdemokratie im Reichstag für die gesetzliche Beschränkung der täglichen Arbeitszeit auf höchstens zehn beziehungsweise acht Stunden ein. Und so sehr sich auch anfangs die bürgerlichen Parteien dagegen sträubten, mußte doch bei den letzten Debatten im Reichstag über diese Forderung der Redner der ausschlaggebenden Partei, des Zentrums, der Abgeordnete Trimborn zugeben, daß die Forderung des gesetzlichen Zehnstundentags für die Arbeiterinnen „überreiß“ sei. In ähnlichem Sinne sprachen sich — abgesehen von den Sozialdemokraten, die selbstverständlich aufs entschiedenste ihren alten Antrag befürworteten — die Redner der Polen, der liberalen Vereinigung und der Antisemiten aus. Ebenso haben bei der vorigen Staatsberatung nicht nur die Sozialdemokraten, sondern auch das Zentrum die Regierungen durch besondere Resolutionen aufgefordert, „einen Gesetzesentwurf zum Zwecke der Beschränkung der regelmäßigen Arbeitszeit der Arbeiterinnen über 16 Jahre in Fabriken und in den diesen gleichgestellten Anlagen auf höchstens zehn Stunden täglich, an den Vorabenden von Sonn- und Feiertagen auf höchstens neun Stunden vorzulegen“.

Seitdem ist die Notwendigkeit eines solchen Gesetzes immer klarer zutage getreten. Aus der inzwischen erschienenen Denkschrift der Regierungen über die Arbeitszeit der Fabrikarbeiterinnen ergibt sich, daß am 1. Oktober 1902 nahezu zwei Drittel aller in Betracht kommenden Anlagen ihre Arbeiterinnen über 16 Jahre nicht länger als zehn Stunden beschäftigten, und daß trotzdem noch für eine sehr große Anzahl von Arbeiterinnen die tägliche Arbeitszeit über zehn Stunden ausgebeht ist. Ferner befürworteten die meisten der in der Denkschrift zusammengestellten Gutachten die Herabsetzung der Arbeitszeit, während sämtliche dagegen geltend gemachten Gründe bereits durch die Erfahrung widerlegt worden sind. Daher nimmt die Zahl der Betriebe mit einer täglichen Arbeitszeit von zehn Stunden und weniger von Jahr zu Jahr zu.

Das wichtigste Zeugnis für die Notwendigkeit des gesetzlichen Zehnstundentags haben uns jedoch die eifrigsten Gegner unseres Antrags, der Zentralverband Deutscher Industrieller, geliefert. Er hat eine Resolution veröffentlicht, in welcher er sich „mit Entschiedenheit gegen jede weitere Verkürzung der gegenwärtig zulässigen Arbeitszeit der Arbeiterinnen durch Gesetz“ ausspricht. Selbst diese Herren haben es nämlich nicht mehr gewagt, die Forderungen der Arbeiterinnen auf Verkürzung der täglichen Arbeitszeit ohne weiteres abzuweisen, sondern sie haben sich zu dem Versprechen genötigt, daß sie die Arbeitszeit „im Laufe der Zeit“ herabsetzen werden.

Freilich verlangten sie, „daß dem Arbeitgeber im Hinblick auf die Erhaltung seiner Wettbewerbsfähigkeit, auf die wechselnde Geschäftslage und auf die Eigenart seines Betriebs nach wie vor die freie Entschließung gewahrt bleibe, in den durch die bestehenden Gesetze gezogenen Grenzen die Arbeitszeit in seinem Betrieb zu bemessen und festzustellen“. Dieser Anspruch der Industriellen ist eine Forderung des allmählich sanft entschlafenen Manchesterturns, das die Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse dem „freien Willen der wirtschaftlichen Kräfte“ überlassen wollte und jede „Einnischung“ der Gesetzgebung in diese Verhältnisse als eine unerträgliche Vergewaltigung der „Staatsbürger“ verabscheute. Den seligen Manchester wird aber auch der mächtigste Zentralverband nie und nimmer wieder ins Leben zurückrufen. Aber diese Zeit sind wir endgültig hinaus. Heute gibt es kein Mittel mehr, um die Tatsache zu verdunkeln, daß bei der Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse nicht einzig und allein das Profitinteresse in Betracht kommt, sondern auch das Wohl Tausender von Arbeiterinnen, das Glück Tausender von Arbeiterfamilien, die körperliche und geistige Gesundheit der Arbeiterjugend, die Zukunft der Gesamtheit auf dem Spiele steht.

Unser Zeitalter ist stolz auf die Errungenschaften der öffentlichen Gesundheitspflege — und dennoch soll durch eine überlange Arbeitszeit die Lebenskraft unserer Arbeiterinnen vor der Zeit aufgebraucht, sollen die Arbeitermütter so weit aufgerieben werden, daß sie nicht mehr fähig sind, gesunde Kinder zu erzeugen; sollen sie den Pflichten als Erzieherinnen ihrer Kinder entzogen werden? Unser Zeitalter erkennt als die erste Voraussetzung einer weiteren segensreichen Entwicklung der Gesamtheit die Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Lage der Arbeiterklasse an — und dennoch sollen die Arbeiterinnen durch das Übermaß an Arbeit von allen Segnungen unserer Kultur, von allen höheren Bestrebungen der Menschheit, von dem Kampfe der Arbeiterklasse um bessere Arbeits- und Lebensverhältnisse ausgeschlossen sein, ja der rücksichtslosen Lohnrückerei dienstbar gemacht werden?

Solchen Anforderungen fügen sich die Arbeiter und Arbeiterinnen nicht mehr. Immer gewaltiger wächst die Schar derjenigen Arbeiter und Arbeiterinnen an, die den Kampf um die Befreiung aus der gegenwärtigen Ausbeutungswirtschaft aufgenommen haben und ihn mit immer stärkerer Kraft durchführen. Eine der wichtigsten und dringendsten Forderungen in diesem Kampfe ist die Verkürzung der Arbeitszeit. Zunächst gilt es, den Zehnstundentag zu erringen. Dann geht es weiter zum Achtsundentag, zur Herabsetzung der täglichen Arbeitszeit bis zu der Dauer, die der Rücksicht auf das Wohl der Arbeiterinnen, auf das Glück der Arbeiterfamilien, auf die Erziehung der Arbeiterkinder entspricht.

In diesem Kampfe gibt es für die Arbeiter und Arbeiterinnen kein Halt, kein Zurück, sondern nur ein Vorwärts, ein immer weiteres Ausbauen der gewerkschaftlichen und politischen Organisationen, einen immer größeren Druck auf das wirtschaftliche und politische Leben, bis der Widerstand der Unternehmer überwunden ist. Möge jeder Genosse und jede Genossin mithelfen, daß dieses Ziel recht bald erreicht wird. Gustav Hoch.

Über Schulgesundheitspflege.

Von Dr. Zadel.

VI.

Aber nicht nur die Infektionskrankheiten bedingen durch die giftigen Ausscheidungen der Bakterien und die Hinterlassung von Keimen in den Organen jene chronischen Krankheitszustände, die Ernährungsstörungen, das blasse Aussehen, den unruhigen Schlaf, kurzum die Kränklichkeit vieler Schulkinder, dazu tritt noch ein anderer Faktor, der mindestens in gleichem Maße hierfür verantwortlich zu machen ist: das lange Stillsitzen mit angestrengter Aufmerksamkeit im geschlossenen Raume, und zwar obendrein in schlechter Luft.

Bis zum Eintritt in die Schule führt das Kind ein ungebundenes, sorgloses Leben, fast beständig in Bewegung, fast beständig im Freien. Das hört mit einem Schlage auf bei der Einschulung, das Kind wird gezwungen, eine volle Stunde lang stillzusitzen und seinen Geist anzuspannen und

das nach kurzer Unterbrechung noch eine zweite, dritte, später selbst vierte und fünfte Stunde hindurch — obendrein in einem Raume zusammen mit 50, 60, selbst 70 Kindern und darüber. Was da durch die Ausatmungs- und Ausdünstungsprodukte so vieler Menschen für eine Luftverschlechterung zustande kommt, kann jeder schon riechen, der nach Beendigung des Unterrichts einen solchen Raum betritt. Pottenlofer verlangt als höchst zulässigen Gehalt der Luft an Kohlensäure ein pro Mille (auf Tausend), darüber hinaus kommt es bei längerem Aufenthalt zu eingenommenem Kopfe und Müdigkeit, Schwindel und Ohnmacht, das heißt Vergiftungserscheinungen mit Kohlensäure, wie sie in überfüllten und überhitzten, schlecht ventilierten Versammlungsräumen, Theatern und Konzertsälen, im Zwischendeck von Auswandererschiffen usw. nicht selten beobachtet werden und selbst schon den Tod herbeiführt haben. Die Untersuchung der Luft in unseren Volksschulen hat gegen Schluß des Unterrichts einen Kohlensäuregehalt von 9, selbst 12 pro Mille ergeben.

Desse fand in der Luft eines Berliner Schulzimmers in einem Kubikmeter Luft:

vor Beginn des Unterrichtes . . .	2000 Keime
während des Unterrichtes . . .	16500 „
am Schluß der Stunde . . .	35000 „

Bestere Zahl übertrifft den Keimgehalt, welchen Uffelmann in einem fensterlosen Kofen und in einer schlecht gelüfteten Arbeiterwohnung konstatiert hatte (27000 respektive 31000). Ruete untersuchte in einer Reihe von Hamburger Schulen die Luft um 2 1/2 Uhr, also nach Schluß des Unterrichts, er fand in einem Kubikmeter Luft:

im Minimum	1500 Keime
im Maximum über	3000000 „
im Durchschnitt	268000 „

Jetzt wird uns mit einem Schlage klar, wie es kommt, daß aus dem frischen, munteren, rotwangigen Kinde nach der Einschulung ein müdes und blutarmes Geschöpf wird, das schlecht schläft und in beständiger Angst vor der Schule lebt, jene Veränderung, welche man kurz und treffend mit „Schulkrank“ bezeichnet hat. Der vielstündige Aufenthalt von 60, 70 Kindern in einer derart vergifteten Luft, die Einatmung von Tausenden und Millionen kleinster Lebewesen (Schimmelpilze, Bakterien usw.) muß auf die Atmung und Blutbildung, die Ernährung und Nerventätigkeit, die körperliche und geistige Frische der Kinder den allerschlimmsten Einfluß haben, die Kränklichkeit erhöhen und die Widerstandsfähigkeit gegen ansteckende Krankheiten herabsetzen. Hier eröffnet sich ein weites Arbeitsfeld für den Schularzt, der immer und immer wieder auf diese Gefahr hinzuweisen hat.

Man sollte es für selbstverständlich halten, daß Räume, die täglich von einer solchen Anzahl von Menschen bedrängt werden, deren Luft derart verschlechtert wird, in die so viel Straßenschmutz hineingefleht und in denen so viel Staub während der Pausen aufgewirbelt wird, in der unterrichtsfreien Zeit besonders gut ventiliert und gereinigt werden. Was die Lüfterreinigung angeht, so haben die Kohlensäurebestimmungen ergeben, daß die Luft des Klassenzimmers bereits vor Beginn des Unterrichtes meist schon mehr Kohlensäure enthält, als das Pottenlofersche Maximum beträgt, also bereits verdorben, zur Atmung untauglich ist, wenn die Kinder die Schulräume betreten. Und was die Reinigung betrifft, so geschieht nicht einmal das, was jede ordentliche Hausfrau für ihre selbstverständliche Pflicht hält, nämlich ihr Wohnzimmer täglich naß aufzunehmen. Bis vor kurzem glaubte man vielmehr selbst in Berlin genug getan zu haben, wenn man dem Schuldiener auftrug, wöchentlich zweimal die Schulzimmer zu reinigen. Und dem entsprach denn auch der Erfolg. Hören wir, wie die Lehrer noch in den neunziger Jahren darüber klagten:

„Großes Reinemachen, wozu das Putzen der Fenster, das Abstauben der Fenstervorhänge, das Abwischen der Ofen und Wände gehört, findet höchstens zweimal im Jahre statt, in der Regel vor der öffentlichen Prüfung. Dann liegt wieder ‚Staub bei Staube‘, sechs volle Monate lang. An die Fenster malen böse Zungen die Namen ungeliebter Lehrer; beim Herablassen der Vorhänge wirbeln große Staubwolken auf, an den Heizkörpern dörrt im Winter der Staub und verbreitet einen häßlichen brennlichen Geruch usw.“

Und der Rektor einer Gemeindeschule urteilte: „Der Schuldiener tut so viel oder so wenig, wie ihm beliebt. Die Fenster karrten vor Schmutz, die Fußböden ebenso, die Turnhallen sind so staubig wie nie, und der Leiter der Anstalt ist machtlos.“

Für Berlin haben die beständigen Hinweise aus Lehrerkreisen sowie seitens der sozialdemokratischen Stadtverordneten endlich das Eingreifen des Provinzialschulkollegiums

zur Folge gehabt und der Schmutzwirtschaft ein Ende bereitet; gegenwärtig werden wenigstens die Fußböden täglich mit Stauböl gereinigt. Aber auch hier bleibt noch genug zu tun übrig: einmal sind methodische Luftuntersuchungen, besonders auch im Winter, seitens der Lehrer und Schularzte nötig, um die Ergebnisse der Reinigung und Ventilation zu kontrollieren, und vor allem ist die Zahl der in einer Klasse unterrichteten Kinder, die Klassenfrequenz herabzusetzen. Es ist nicht nur „Menschenquälerei“, wenn man einem Lehrer zumutet, 60 und 70 Kinder oder gar, wie vielfach auf dem Lande, bis auf das Doppelte dieser Zahlen vorwärts zu bringen, sondern auch die Erfüllung gesundheitlicher Forderungen an die Schule: die Besserung des Aussehens, die Verhütung der Ansteckung, die gesundheitliche Überwachung bleiben solange fromme Wünsche. Die Herabsetzung der Klassenfrequenz auf 30 bis 40 Köpfe ist und bleibt die wichtigste Forderung, in welcher Pädagoge und Schularzt übereinstimmen.

In den nordischen Königreichen sieht man bei neuen Schulbauten von der Errichtung großer Schulhäuser ganz ab und baut eine Reihe von Pavillons an deren Stelle, wobei den Kindern ungleich mehr Luft und Licht zugeführt wird. In den Gemeindefschulen Pustenhagens befinden sich in jeder Klasse nur 25 bis 30 Schüler. Jede Klasse verfügt über einen verschließbaren Raum für die Umkleidekleider der Kinder, in jeder befindet sich eine Waschtisole mit Handtuch und Seife.

Die Überwachung der gesundheitlichen Einrichtungen der Schule, die Anregung zu hygienischen Verbesserungen in Schulbauten und Schulhöfen, Klassenzimmern und Turnsälen, die Fragen der Luftverbesserung und Reinigung, der Besonnung und künstlichen Beleuchtung, der Temperatur und des Feuchtigkeitsgehalts der Unterrichtsräume, der Heizung und Kleiderablage, der Trinkwasserversorgung und Beschaffenheit der Abtritte, die Einrichtung von Erholungsplätzen und Schulgärten, von gedeckten Hallen bei Regenwetter, von besonderen Frühstücksräumen, die Schulbankfrage und viele anderen bilden eine weitere große Aufgabe des Schularztes. Ein Schulbankbad sollte bei jeder Schule gefordert werden; der Zukunft muß es vorbehalten bleiben, darüber noch hinauszugehen: Schwimmbassin zu bauen und einen Schwimmunterricht in den Schulplan einzureihen, Luft- und Sonnenbäder einzurichten, um den Kindern die Scheu vor Luftzug, Temperaturwechsel und — vor der Nacktheit zu benehmen, sie wind- und wetterfest zu machen. Der Zukunft, welche die harmonische Ausbildung von Körper und Geist wieder zur Wahrheit machen wird, bleibt es auch vorbehalten, durch Einrichtung von Ferienkolonien in großem Umfang an der See und im Gebirge es jedem Großstadtkind zu ermöglichen, während der Ferien sich „rote Wangen und pralle Muskeln“ zu holen, um besser gerüstet zu sein für die Anforderungen, welche die Schule an den Körper und Geist stellt, also zur Verhütung von Gesundheitschädigungen und nervöser Erschöpfung, nicht erst — wie heut —, nachdem Erkrankungen die Notwendigkeit einer solchen Kur dargetan haben. Die Zukunft wird vielleicht auch in ungehörter Weise eine Verallgemeinerung jener kurzzeit in der Entwicklung begriffenen und so schöne Erfolge versprechenden Waldschulen und Landerziehungsheime bringen, wie sie heute nur für besonders schwächliche auf der einen, für Kinder der Reichen auf der anderen Seite bestehen.

Der preussische Landtag.

Am 5. Dezember ist der preussische Landtag wieder zusammengetreten. Nicht um das Wohl des Volkes zu fördern, sondern um den Interessen einer kleinen besitzenden Minderheit zu dienen. Das entspricht nur seinem Wesen. Der preussische Landtag ist keine Volksvertretung, wohl aber die schändlichste Verhöhnung einer solchen. Er setzt sich zusammen aus einem Herren- und Abgeordnetenhaus. Im Herrenhaus herrscht das preussische Junkertum ganz absolut, und in keinem Parlament der Welt werden so brutale, so reaktionäre Pläne ausgeheckt wie in dieser „geistigen Pfanzstätte“. Das Abgeordnetenhaus ist nicht viel besser. Dort teilt das Junkertum die Herrschaft mit der Bourgeoisie. Für die Vertreter des arbeitenden Volkes hat dieses traurige Parlament keinen Platz. Ein raffiniert ausgeklügeltes Dreiklassenwahlrecht wehrt ihnen den Eingang. Die breiten werktätigen Massen sind um das Recht geprellt worden, im preussischen Landtag vertreten zu sein. Wir haben in ihm die Vertretung des Junkertums und der Bourgeoisie in Kleinigkeit, und daß diesem edlen Brüderpaar jedwedes Wirken im Sinne des Fortschritts schon lange vergangen ist, liegt auf der Hand.

Die Bourgeoisie im Dreiklassenparlament, ein paar Männlein ausgenommen, hat von dem Augenblick an, als das Proletariat entschlossen und zielbewußt auf das politische Schlachtfeld trat, den Kampf gegen Junkertum und Absolutismus aufgegeben. Heute bildet sie mit diesen erreaktionären Mächten zusammen eine arbeitersindliche, eine volksfeindliche Einheit, deren ganzes Sinnen und Trachten danach geht,

jede ernste Reform zu Fall zu bringen und selbst die schwächlichen Volksrechte zu meucheln. Dafür spricht die Vergesetznelles, das Kontraktbruchgesetz für ländliche Arbeiter, die Resolution des Herrenhauses für ein neues Kontraktbruchgesetz und das Versprechen Bülow's, das Selbstverwaltungsrecht der Krankenkassen abzuwürgen. Auf der ganzen politischen Linie erweist sich also das Dreiklassenparlament als ein Hort der schlimmsten Reaktion.

Der volksfeindliche Einfluß des Geldsachparlamentes reicht aber über die schwarz-weißen Grenzpfähle weit hinaus. Preußen ist nicht bloß die Vormacht in Deutschland, sondern leider auch die Vormache-Macht, die allen Bundesstaaten voraus in reaktionären Gegensabbat tanzt.

Als Angehörige der besitzlosen Klasse haben daher die Proletarierinnen kein einziges Interesse, das nicht vom preussischen Landtag jederzeit verraten und zertreten worden ist. Das gleiche gilt von ihren Interessen als Frauen. Keine Proletarierin darf vergessen, daß, solange das Dreiklassenparlament besteht, Zopf und Schwert in reaktionärer Bundesbrüderschaft dem weiblichen Geschlecht freies Vereins- und Versammlungsrecht vorenthalten. Die große Mehrzahl der „Gesetzgeber“, die dort ihr Unwesen treiben, haben Ja und Amen dazu gesagt, daß trotz revolutionierter Zeiten die Frauen und Mädchen in Preußen heute noch auf dem Gebiet des Versammlungsrechtes mit Lehrlingen und Schülern auf einer Stufe stehen. Sie haben es geschehen lassen, daß das vorintuitivste Recht mit den kleinlichsten Schikanen gehandhabt worden ist. Die Proletarierinnen haben daher zweifachen Grund, diese traurige Karikatur einer Volksvertretung aus tiefer Seele zu hassen und zu verachten. Die Genossinnen dürfen deshalb keine Gelegenheit versäumen, das Proletariat und insbesondere die proletarischen Frauen und Mädchen über die Gemeingefährlichkeit des preussischen Landtags aufzuklären. Unaufhörlich müssen sie die Massen zum Kampfe gegen diese Spottgeburt der Konterrevolution aufrufen.

Noch ein weiterer Grund muß ihren Eifer befeuern: Wie die Dinge in Deutschland liegen, kann der Feldzug gegen das Dreiklassenwahlrecht nicht geführt werden, ohne zugleich zu einem Kampfe für das Frauenstimmrecht zu werden. Und für das Klassenbewußte Proletariat ist das Frauenstimmrecht eine grundsätzliche Forderung, die mit seinem Ringen nach voller Demokratisierung der politischen Rechte innig verknüpft ist. Die werktätigen Massen können daher den Kampf gegen das Dreiklassenparlament nicht führen, ohne auch mit allem Nachdruck das volle Bürgerrecht der Frau zu heischen.

Genossinnen, Proletarierinnen, an! Wer! Ihr, die Geknechteten der Geknechteten, seid berufen, in erster Reihe zu kämpfen. Sehet hin nach Rußland, wo die proletarische Revolution den Felsblock des Absolutismus in Atome zersprengt. Sehet hin nach Österreich, nach Ungarn, wo eure Brüder, eure Schwestern am Werke sind, die Ketten, die ihre Leiber wund geschneuert, zu zerbrechen. Und ihr werdet hinter euren Schwestern, euren Brüdern im Ausland nicht zurückbleiben. Ihr werdet arbeiten, sieberhaft, unablässig, bis der größte Hort der Reaktion in Deutschland, das Dreiklassenparlament in Preußen, fällt. Im Namen der Freiheit, der Kultur, unter dem leuchtenden roten Banner vorwärts!

„Zehn Gebote für die Männer.“

Unter dieser Überschrift veröffentlichte kürzlich das Dessauer Parteiblatt in seiner Unterhaltungsbeilage die folgenden Regeln:

1. Bedenke stets, daß du wohl der Herr deines Hauses sein sollst, aber nicht sein Tyrann.
2. Vergiß nicht, daß deine Frau kein Engel, sondern ein menschliches Wesen mit allerlei Unvollkommenheiten ist, die du mit derselben Geduld ertragen mußt, wie sie die deinigen.
3. Denke daran, daß die Frau meistens körperlich viel schwächer ist als der Mann und unter den täglichen anstrengenden Pflichten des Haushaltes oft nur mit geduldiger Überwindung ihrer körperlichen Schwäche arbeitet.
4. Wenn du diese Pflichten nicht bis ins kleinste kennst, so gib dir das noch kein Recht, sie geringer zu achten als die deinigen: Frauennarbeit sieht man meistens erst dann, wenn sie liegen bleibt.
5. Halte dir öfter den Spruch vor:
„Reicht überschätze der edle Mann
Das, was er selbst nicht machen kann.
Verkleinere unter das seine
Herabzieht's der Gemeine.“
6. Gib deiner Frau gesondertes Geld für die Wirtschaft und für ihre persönlichen Bedürfnisse. Laß sie die Sorgen für die täglichen Lebensbedürfnisse nicht ganz allein tragen, sondern besprich hin und wieder freundlich mit ihr, wo etwa Einschränkungen möglich sind. Gebt dann, wo es nötig ist, beide etwas von teuren Gewohnheiten auf und bedenkt, daß der eigene Herd uns immer lieber wird, mit je größeren Opfern wir seinen Besitz erkaufen müssen.

7. Habe hin und wieder ein freundliches Lob für die Geschicklichkeit deiner Frau im Haushalt und ein zärtliches Wort für sie. Es tut ihr unbeschreiblich wohl, wenn sie es vielleicht auch nicht sagt. Ihr Sorgen und Mühen für dein Wohl geschähe dann mit doppelter Freudigkeit und hilft ihr über manche Stunde hinweg, wo du im Geschäftserger und unter sonstigen Sorgen dich einmal wenig gerecht zeigst.

8. Laß die Gerechtigkeit auch im Hause deine vornehmste Tugend sein und habe keine Lieblinge unter deinen Kindern,

die vielleicht das Schmeicheln besser verstehen als die zurückhaltenden. Das kränkt das Mutterherz sehr.

9. Frage deine Frau nach dem Grunde ihrer Handlungsweise, ehe du tadelst. Tadel sei aber niemals in Gegenwart deiner Kinder, sondern sei dann stets einig mit ihr. Du machst ihr sonst die Erziehung sehr schwer, die bei deiner häufigen Abwesenheit fast ganz auf ihren Schultern liegt.

10. Habt ihr einen Streit oder ein Mißverständnis gehabt, so denke an das alte schöne Wort: Lasset die Sonne nicht untergehen über eurem Horn! Versöhnt euch bei Zeiten, ehe es oft zu spät wird, und macht unter euch aus, abwechselnd das erste Wort zum Guten zu sprechen! Da aus den meisten dieser „Gebote“ eine unverfälscht bürgerliche, aber keine proletarische, keine sozialistische Gesinnung herauszuschaut, so verdienen sie eine energische Zurückweisung. Einige von ihnen, so das dritte, vierte und fünfte, auch noch das achte, sind zwar unerheblicher Natur, sie geben an sich zu Gegenbemerkungen kaum Anlaß. Unangenehm wirken sie erst im Zusammenhang mit den übrigen Geboten und im Hinblick auf die Gesinnung, aus der heraus auch sie geboren sind.

Um so schlimmer ist es um die übrigen „Gebote“ bestellt. Mit einer geradezu verblüffenden spießbürgerlichen Unverfrorenheit marschiert der Satz an der Spitze, daß der Mann bedenken solle, er sei wohl der Herr des Hauses, aber nicht sein Tyrann. Der leitende Redakteur des betreffenden Parteiorgans, Genosse Peus, hat vor Jahren einmal die amüsante Ansicht verfochten, der erste Teil unseres Erfurter Programms könne eigentlich gestrichen werden, der zweite Teil sei die Hauptsache. Genosse Peus scheint jetzt auch auf den zweiten Teil kein besonderes Gewicht mehr zu legen. Sonst müßte er wissen, daß in der ersten Forderung des Erfurter Programms das allgemeine gleiche, geheime und direkte Wahl- und Stimmrecht ohne Unterschied des Geschlechtes für alle über zwanzig Jahre alten Reichsangehörigen verlangt wird, daß es ferner in der fünften Forderung heißt:

„Abschaffung aller Gesetze, welche die Frau in öffentlicher und privatrechtlicher Beziehung gegenüber dem Manne benachteiligen.“

Wenn dem Genossen Peus aus den Gedankengängen des wissenschaftlichen Sozialismus nicht das zukünftige Verhältnis zwischen Mann und Frau klar geworden ist, so sollte ihn die knappe, schlichte und leicht verständliche Form obiger Forderung des Erfurter Programms doch vor der Geschmackslosigkeit bewahrt haben, den sozialdemokratischen Ehemann zum „Herrn“ des Hauses zu ernennen. Ähnlich heißt es zwar in einem viel verbreiteten alten Buche: „Er soll dein Herr sein.“ Aber diese naive Forderung ist aber selbst ein großer Teil der bürgerlichen Gesellschaft hinweg; um so verwunderlicher ist es, wenn ein sozialdemokratisches Parteiblatt gläubig zu der alten Anschauung zurückkehrt, daß der Mann der „Herr“ des Hauses ist. Oder besteht gar eine neueste Spielart des Revisionismus darin, die Arbeiter auch in ihrem privaten Leben zur Innehaltung des rückständigen kodifizierten bürgerlichen Rechtes anzuhalten? Wie stolz sich wohl ein sozialdemokratischer Ehemann von Peus Gnaden in seinen vier Wänden vorkommt! Er ist der „Herr“, eine Art häuslicher Monarch, der allenfalls nicht mehr mit absolutistischer tyrannischer Unerschlichkeit herrscht, sondern seiner Frau gewisse konstitutionelle Rechte einräumt, der aber doch mit überlegener Regierungsgewalt seine häusliche Monarchie dirigiert. Die sozialdemokratische Frau tut mir leid, die sich einem solchen Regiment unterwirft, und die nicht mit ruhiger Bestimmtheit die ihr zustehende Gleichberechtigung beansprucht. Wohl wird in dieser Beziehung noch nicht in allen sozialdemokratischen Familien das rechte Verhältnis hergestellt sein. Das liegt an der Unzulänglichkeit der menschlichen Natur, an der Macht der Tradition, an den ererbten und darum feststehenden Vorstellungen. Aber es ist ein Unterschied, ob man sich dieser ärgerlichen Rücksichtigkeit unterwirft, ob man sie gar zur feststehenden, gültigen Regel erhebt, oder ob man umgekehrt gemeinsam bestrebt ist, sie von sich abzuschütteln und sein eigenes Leben nach den als recht und notwendig erkannten Geboten einer höheren sozialen Organisation einzurichten. Danach müßte das erste Gebot im Gegensatz zu dem Peusschen lauten: „Bedenke stets, daß du nicht der Herr des Hauses bist, sondern daß deine Frau als gleichberechtigte Gefährtin neben dir steht.“

Abgeschmact ist auch das zweite Gebot der Peusschen Gesetzesstapel. Aus ihm spricht dieselbe würdevolle Überlegenheit des Spießbürgers wie aus dem ersten. Vergiß nicht, Herr des Hauses, daß deine Frau kein Engel ist, sie ist ein menschliches Individuum mit vielen Schwächen. Du mußt sie gnädig mit männlicher Geduld ertragen. Verschämt wird zum Schluß angedeutet, daß auch der „Herr“ des Hauses nicht ganz frei von Schuld und Fehle ist.

Im sechsten Gebot findet sich die materielle Kristallisation der eheherrlichen Überlegenheit, die das erste Gebot stolz aufgerichtet hat. Der Mann verdient das Geld, also hat er den Dammen auf den Beutel zu halten. Er teilt das Geld aus, und in überlegener Vororglichkeit wird er der Frau zwei Summen einhändigen, die eine, um damit zu wirtschaften, die andere gleichsam als „Trinkgeld“, oder, um den besonders dafür geschaffenen spießbürgerlichen Ausdruck zu gebrauchen, als „Nadelgeld“. Dem Verfasser dieses spießhaften Gebots scheint gar nicht der Gedanke zu kommen, daß in einer von echtem sozialdemokratischen Geiste durchwehten Familie gar kein Raum ist für die rein bürgerliche Ansicht, daß der Mann der „Erhalter“ der Familie ist, und daß er deshalb auch als allgewaltiger Finanzminister zu ästimieren ist. Der rechte sozialdemokratische Ehemann wird seiner Frau nicht ihren Anteil an dem von ihm verdienten

* Trotzdem die Norm für preussische Volksschulen für die ein-klassige Schule nicht weniger als 80, für die mehrklassige 70 Köpfe beträgt, sitzen zurzeit noch 1 1/2 Millionen Kinder in Preußen in überfüllten Klassen. Nach einer Untersuchung von Solbrig-Viegnitz über Zustände in ländlichen Schulen in vier schlesischen Kreisen kamen in 17 Prozent sämtlicher Schulzimmer weniger als zwei Kubikmeter Luftraum auf den Schüler, zweimal sogar noch nicht ein Kubikmeter auf das Kind bei einer Schülerzahl von 144. Vier Fünftel aller Schulzimmer entsprachen in ihren Lichtverhältnissen nicht den gesetzlichen Anforderungen. In 25 Prozent saßen die Kinder so eng, daß nicht einmal die Mindestbreite von 50 Zentimeter auf den Sitz kam.

Lohne kraft eingebildeter höherer Einsicht zu messen, sondern er wird seinen Lohn auf den Tisch legen und gemeinsam mit seiner Frau über die Einteilung beraten. Dann braucht er ihr auch nicht „hin und wieder“ einen freundlichen Wink mit dem Zaumpfahl zu geben, wo und wie sie sich besser einschränken kann, sondern beide werden aus den gemeinsamen Beratungen wissen, wie sie ihr Leben einzurichten haben, um mit dem schmalen Lohne auszukommen. Auch die Schlusswendung dieses Gebots vom „eigenen Herd“ hat einen vertauselt altväterischen, Kleinbürgerlichen Beigeschmack in der Zeit des Großbetriebs auf der einen und der Zerrüttung des Arbeiterheims durch den Kapitalismus auf der anderen Seite.

Geradezu lächerlich wirkt das siebente Gebot. Man sieht im Geiste den Familienpacha vor sich, der manchmal, je nach Laune und Stimmung, seiner untergeordneten Frau ein Lob spendet, damit sie hernach noch um so eifriger für GEM Wohl besorgt ist. Breit und salbadernd fließt dem „Gerechten“ das Lob von den Lippen, oder er schälert freundlich mit ihr wie — ja wie denn gleich? — wie Helmer mit seiner Nora. Als Nora aber erkannte, daß sie von ihrem väterlichen und mit Lobsprüchen nicht kargenden Eheherrn nur wie eine Puppe, ihm zur Lust und zur Behaglichkeit erschaffen, betrachtet wurde, warf sie ihm den Bettel vor die Füße und verließ das Haus. Mit welchen Gefühlen wohl der Verfasser der „Zehn Gebote für Ehemänner“ den Schluss des Ibsenschen Dramas aufnimmt? Ich entsinne mich einer Aufführung zu Anfang der neunziger Jahre, als ein hanseatischer Grande aus seiner Loge stürzte und empört ausrief: „Unerbört! Solche Stücke müßten verboten werden!“ Ich habe damals als Sozialdemokrat darüber gelacht. Aber weinen möchte man, wenn man sieht, daß heutzutage noch die Helmers in der sozialdemokratischen Partei herumlaufen und für ihre rückständigen Ansichten Propaganda machen.

Das neunte Gebot hängt eng mit dem siebenten zusammen. Zuckerbrot heute, die Peitsche morgen. Wie würdevoll, wie erhaben, wie edelmütig: „Frage deine Frau nach dem Grunde ihrer Handlungsweise, ehe du tadelst.“ Tadeln muß du sie zwar, denn sie ist ein „menschliches Wesen mit allerlei Unvollkommenheiten“, aber — o du weiser, du gerechter Befehlshaber! — frage anstandslos, warum sie die Dummheit gemacht, wofür du sie tadeln mußt. Sollte sich nicht auch noch ein Zensurenbuch empfehlen, in das die im Laufe des Jahres vom „Herrn“ des Hauses ausgesprochenen Lobsprüche und Tadel eingetragen werden? Diesmal denkt der Verfasser der Gebote gar nicht mehr daran, daß auch der „Herr“ des Hauses gelegentlich einmal Anlaß zum Tadel geben könnte. Wahrscheinlich hält er den „Herrn“ für tadellos, oder er stellt ihn doch außerhalb der häuslichen Gerichtsbarkeit. Für ihn gibt es keinen Ankläger, keinen Tadler.

Das zehnte Gebot empfiehlt zwar eine bei guten Eheverhältnissen allgemein geübte Gepflogenheit; aber unsagbar spasshaft wirkt doch auch wieder der daran geknüpfte Rat, umschichtig das Wort zum Guten zu sprechen. Man stelle sich nur die Komik der Situation in der Praxis vor, wenn sich die beiden im stillen oder gar laut fragen: „Wer ist daran? Du oder ich?“

Alles in allem: die zehn Gebote des „Dessauer Volksblatts“ mögen für Spießbürger passen, für Sozialdemokraten stehen sie ungefähr in demselben Verhältnis wie die Eugen Michlerschen Irrlehren zu Marx' Kapital. Wohl gäbe es manches beherzigenswerte Gebot und manche Erfahrung aus dem Eheleben für sozialdemokratische Eheleute anzusprechen. Aber sie müssen auf dem Boden der proletarischen Verhältnisse erwachsen und von der sozialistischen Weltanschauung diktiert sein, wenn sie Wert haben und Früchte tragen sollen. Jede bewußte und unbewußte Übertragung spießbürgerlicher Ansichten und Rückständigkeit muß mit aller Entschiedenheit zurückgewiesen werden. Heinrich Schulz.

Die Arbeiterinnen am Wiener Wahlrechtstag.

Noch steht alles unter dem überwältigenden Eindruck der Kundgebung vom 28. November, die alle Erwartungen der Parteigenossen weit übertroffen hat. Die Frist, innerhalb welcher die Agitationsarbeit für den Demonstrationstag getroffen werden mußte, war verhältnismäßig kurz, aber alles arbeitete mit solcher Begeisterung, mit einer heiligen Hingebung an die Sache, daß der gewordene Erfolg wahrscheinlich auch erreicht worden wäre, wenn das Parlament, wie ursprünglich geplant, am 21. November eröffnet worden wäre. Die Genossinnen arbeiteten mit demselben Eifer wie die Genossen. Unmittelbar nach dem Parteitag kam das Frauenreichskomitee zu einer Sitzung zusammen. An die Genossinnen erging die Aufforderung, überall Frauenversammlungen abzuhalten und sich den Vertrauensmännern zur Verfügung zu stellen, wo eine gemeinsame Arbeit geboten ist. Das Frauenreichskomitee arbeitete unermüdlich, um auch die Proletarierinnen zur Arbeitsruhe am Tage der Parlamentsöffnung zu gewinnen. In Wien haben sieben große Frauenversammlungen stattgefunden und zahlreiche Fabriks- und Werkstättenversammlungen, die alle nur ein Thema hatten: Die Arbeitsruhe am Tage der Parlamentsöffnung. Überall gelobten die Industriearbeiterinnen ebenso wie die heimarbeitenden Frauen, am 28. November nicht zu arbeiten. Spontan riefen die proletarischen Hausfrauen in den Versammlungen: Aber auch gelobt wird am Demonstrationstag nicht, auch das häusliche Feuer muß ruhen. Das Zusammenwirken aller Kräfte hat es auch zustande gebracht, daß in einer Zahl wie noch nie die Frauen mitdemonstriert haben. Was soll man über die Versammlungen sagen? Eine gleich der anderen zum Gedrücken voll. Endlich war der sieber-

haft erwartete Tag gekommen. Um 1/8 Uhr früh, in den entfernteren Bezirken schon früher, waren die Massen versammelt. Und überall, in jedem einzelnen Bezirkszug große Frauenzüge, einzelne nach Hunderten zählend. Die Arbeiterinnen gingen nicht alle geschlossen in den Bezirkszügen, sondern nach Branchen geordnet. Besonders stark waren die Züge der Heimarbeiterrinnen mit eigenen Standarten, die sozialdemokratischen Frauen und Mädchen mit einer roten Fahne, die Kartonnagearbeiterinnen, die Bauhilfsarbeiterinnen, die Ziegelarbeiterinnen von Jagersdorf; andere Arbeiterinnen nach Fabriken gruppiert. Unermüdlich harrten die Frauen aus. So mußten die Heimarbeiterrinnen Ottakrings zwei Stunden mit ihrem Bezirk bei der Babenbergerstraße stehen, bis am Aufstellungspfad für sie Raum wurde. Was diese schlecht genährten, überarbeiteten Frauen geleistet haben, kann man daraus ersehen, daß sie schon um 1/8 Uhr am Aufstellungspfad in ihrem Bezirk versammelt waren, und erst um 2 Uhr konnten sie beim Parlament vorüberdefilieren. So noch viele andere. Und abends waren alle wieder in den Versammlungen, um zu hören, was im Parlament gewesen. Statt einer Versammlung mußten zwei und drei gemacht werden. Überwältigend war der Tag verlaufen, nicht nur in Wien, wo von früh bis in den späten Nachmittag das rote Banner in allen Schattierungen durch alle Stadtteile in unübersehbarer Menge leuchtete, sondern im ganzen Reich. In Graz und in Reichenberg wurden noch in den letzten Tagen Arbeiterinnenversammlungen abgehalten, die Tausende von Arbeiterinnen vereinigten. In schlesischen und böhmischen Industrieorten waren die Versammlungen so besucht, daß Türen und Fenster entfernt werden mußten, und überall Frauen, arbeitende Frauen in unübersehbarer Zahl. Und überall dieselbe Frage: Ist es schon der Generalstreik, streifen wir, bis wir das Wahlrecht haben? Überall Entschlossenheit, der Glaube an die Kraft, der Glaube an den Sieg. Und bei allen Proletarierinnen die Überzeugung, daß es nicht allein ein Kampf um Männerrechte ist, sondern nur eine Vorbedingung zum wirklichen allgemeinen, gleichen Wahlrecht ohne Unterschied des Geschlechtes.

Adeheid Papp.

Aus der Bewegung.

Von der Agitation. In Königsberg sprach Genosse Haase Ende Oktober in einer öffentlichen Versammlung, die von mindestens 800 Personen, meist Frauen, besucht war. Nach dem vorzüglichen Referat wurde einstimmig eine Resolution angenommen, die den Magistrat und die Stadtverordneten Königsbergs ersucht, die Stadtverwaltung selbst möge zur Verringerung der immer fühlbarer werdenden Hungersnot die Einwohner der Stadt mit Fleisch versorgen. Die Versammlung beschloß die Gründung eines Bildungsvereins für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse. 144 Frauen und Mädchen erklärten durch Namensunterschrift, als Mitglieder beitreten zu wollen. Am 3. November fand die konstituierende Versammlung statt, in der sofort mehr als 100 Frauen ihren Beitrag zahlten und 50 Abonnenten für die „Gleichheit“ gewonnen wurden. Es erfolgte an Stelle eines Vortrags die Vorlesung der Broschüre von W. Zeppler: „Welchen Wert hat die Bildung für die Arbeiterin“. Der Vorstand besteht aus den Genossinnen Rakutt, Meier, Große, Erdmann und Winkler. Die Gründung dieses Vereins ist ein erfreuliches Zeichen dafür, daß auch die Königsberger Frauen vorwärts marschieren. Möge die Organisation wachsen und gedeihen. Frau Nowagrotski.

In einer öffentlichen Volksversammlung in Köln referierte Genosse Ertes über „Kindermord und Frauenfrage“. Der Redner erörterte eingehend das Thema und kam zu dem Schlusse, daß die heutige Gesellschaftsordnung nicht imstande sei, die auf diesem Gebiet herrschenden Mißstände zu beseitigen. Nur der Sozialismus könne die Lösung der vorliegenden Probleme geben. Großer Beifall lohnte den Referenten für seine lehrreichen Ausführungen. Es wäre im Interesse unserer Frauenbewegung von großem Vorteil, wenn derartige Vorträge öfter gehalten würden. Rosa Wolf.

In einer Ende Oktober in Mülheim a. Rh. stattgefundenen Volksversammlung gab die Vertrauensperson der Genossinnen den Kassenbericht für die Monate Juni bis Oktober. Die Gesamteinnahmen betragen 178,55 Mark, die Ausgaben 135,11 Mark, so daß ein Bestand von 43,44 Mark verbleibt. Der Vertrauensperson, Genossin Hauser, wurde Entlastung erteilt und ihre Wiederwahl einstimmig beschlossen.

Der fünfte sächsische Reichstagswahlkreis Dresden-Alstadt veranstaltete Ende Oktober eine öffentliche Frauenversammlung, die leider nicht sehr gut besucht war, mit der Tagesordnung: „Anregungen des Parteitags in Jena zur Agitation in der Arbeiterinnenbewegung“. Genosse Krüger befaßte sich in seinem Referat unter anderem mit der Organisation der Frauen und wies darauf hin, daß in Sachsen das weibliche Geschlecht von dem ihm zustehenden Rechte der politischen Organisation, welches den Frauen in den meisten anderen Bundesstaaten vorenthalten wird, leider noch recht wenig Gebrauch macht. Die Frage der Jugendberziehung unterzog der Referent einer eingehenden Erörterung und empfahl der Versammlung hauptsächlich die diesbezüglichen interessanten Artikel in der „Gleichheit“. An der dem Vortrag folgenden Debatte beteiligten sich mehrere Genossinnen.

Martha Streine.

In Magdeburg nahm Mitte Oktober eine öffentliche Frauenversammlung den Bericht der Unterzeichneten vom Parteitag in Jena entgegen. Im Anschluß hieran referierte Genosse Peims über: „Die Stellung der Frau zur Gewerbaufsicht“. Im Hinblick auf die große Bedeutung, welche die

Organisierung der Arbeiterinnen für die ganze Entwicklung unserer Partei hat, forderte der Referent zu eifrigster Agitation auf. Um die Arbeiterinnen über die Wichtigkeit der Gewerbeinspektion besser aufklären zu können, beschloß die Versammlung die Wahl einer Kommission, die aus Vertrauenspersonen derjenigen Gewerkschaften bestehen soll, in denen Frauen organisiert sind. Die Kommission hat zugleich die Aufgabe, Beschwerden über ungenügende Gewerbeinspektion entgegenzunehmen und für Abhilfe zu sorgen. Die Wahl erfolgt in einer späteren Versammlung. Hauptsächlich machen die Arbeiterinnen von der Beschwerdefunktion regen Gebrauch, damit ihre elenden Arbeitsverhältnisse endlich einmal eine kleine Besserung erfahren.

Marie Schmielowski.

Die Proletarierinnen Münchens haben sich endlich aus ihrem Gleichmut und ihrer Resignation aufgerafft. Am wirksamsten für die gemeinsamen Interessen eintreten zu können, schlossen sie sich Ende November in einem Frauenbildungsverein für München und Umgebung zusammen, zu dessen Vorsitzende Genossin Limm gewählt wurde. Der junge Verein zählt bis jetzt 21 Mitglieder und hat der „Gleichheit“ schon eine Anzahl Abonnenten zugeführt. Hoffen wir, daß durch eine rege Agitation die proletarischen Frauen Münchens immer mehr zu der Erkenntnis gelangen, daß sie vereinzelt nichts sind, vereint aber alles.

Josefa Lachenmeyer.

Nach vielen Bemühungen, die an der Ungunst der Verhältnisse scheiterten, ist es endlich gelungen, in Solingen eine Frauenbewegung ins Leben zu rufen. Schon im Laufe dieses Jahres fanden mehrfach Versammlungen statt, um die Arbeiterinnen aus ihrer Interesslosigkeit zu reißeln. Aber die erste derselben, in welcher Genossin Dr. Michels referierte, ist schon in der „Gleichheit“ berichtet worden. Im August rief die unterzeichnete Kreisvertrauensperson zwei weitere Versammlungen zum Protest gegen die Fleischnot ein. Das prächtige Referat der Genossin Fiech hatte den besten Erfolg. In Solingen meldeten sich 100, in Wald 70 Leserinnen für die „Gleichheit“, die bald darauf durch eine Protestversammlung in Ohligs mit Genossen Hengsbach-Köln als Referenten weitere 50 Abonnenten gewann. Anfang Oktober erörterte eine Versammlung die Gründung eines Frauenbildungsvereins. Nach einem Vortrag des Genossen May über „Die Entstehung der Familie und des Staates“ nahm die Unterzeichnete zum Hauptpunkt der Tagesordnung das Wort. Alle anwesenden Frauen erklärten sich mit ihren Darlegungen einverstanden. Die Versammlung schritt sofort zur Wahl einer viergliedrigen Kommission, welche die Vorarbeiten für den zu gründenden Frauenbildungsverein erledigen sollte. 65 Frauen meldeten sich zum Beitritt zu demselben. Die folgende Versammlung, in welcher Genossin Plum-Essen referierte, brachte weitere 38 Mitglieder für die neue Vereinigung. Die endgültige Konstituierung des Vereins ist seither erfolgt. Es wurden in den Vorstand gewählt die Genossinnen Berendt, Bosawé, Ern und Messerschmidt. Durch die fleißige Agitation ist die Zahl der „Gleichheit“-Leserinnen in der kurzen Zeit bis auf 325 gestiegen. Das günstige Resultat soll den Genossinnen ein Ansporn sein, mit unermüdlichem Eifer zur Erreichung des vorgesteckten Zieles weiterzuarbeiten. Keine Mühe und kein Opfer wird sie zurückreden vor der Erfüllung dessen, das sie als ihre Pflicht erkannt haben.

Mathilde Caspers.

In Breslau fand eine Arbeiterinnenversammlung statt, die sich eines zahlreichen Besuchs erfreute. Genossin Wackwitz-Dresden hielt ein Referat über „Die wirtschaftlichen Kämpfe im Zeichen der Unternehmerorganisation“. Sie beleuchtete scharf die Profitgier der herrschenden Klasse, der ganz besonders die weiblichen Arbeiter zum Opfer fallen. Pflicht jeder Proletarierin sei, Schulter an Schulter mit dem Manne zu kämpfen zur Eringung einer schöneren, freien Zukunft. An den mit stürmischem Beifall aufgenommenen Vortrag schloß sich eine rege Debatte, in welcher unter anderem die Frauen zum festen Zusammenschluß und zum Abonnement auf die „Gleichheit“ und der Parteipresse aufgefordert wurden. Mit einem warmen Appell an die Frauen und Mädchen, den gespendeten Beifall in die Tat umzusetzen, schloß Genosse Peterhansel die imposante Versammlung.

Martha Reimelt.

In einer Reihe von Versammlungen, welche besonders die Frauen aufklären und für den proletarischen Klassenkampf gewinnen sollten, hat die Unterzeichnete in letzter Zeit referiert. In einer öffentlichen Versammlung in Düsseldorf stand das Thema auf der Tagesordnung: „Die Frau, nicht Hausflavin, sondern Kampfgenossin“. Der Vortrag darüber wurde mit großem Beifall aufgenommen. Am Schlusse der Versammlung meldete sich eine Anzahl der zahlreich erschienenen Frauen und Mädchen zum Abonnement auf die „Gleichheit“. Auf Anregung der organisierten Genossinnen von Köln sprach ich Ende Oktober in fünf Versammlungen. Aber drei derselben ist schon berichtet worden, die beiden anderen fanden in Kalk und in Poll statt. Der Besuch war fast durchweg gut, nicht nur seitens der Männer, sondern auch seitens der Frauen und Mädchen. Überall folgten die Anwesenden dem Vortrag mit Verständnis und größter Aufmerksamkeit. Nachdem die Unterzeichnete in Essen den Bericht über den Jenaer Parteitag abgestattet hatte, referierte sie Mitte November in Solingen und Eving bei Dortmund. Alles in allem ist der Erfolg der Versammlungen ein recht zufriedenstellender.

Frau Plum.

Von den Organisationen. Der Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse in Spandau feierte Mitte November sein erstes Stiftungsfest, an dem circa 450 bis 500 Personen teilnahmen. Aus dem äußerst vielseitigen Programm ist besonders die Festrede hervorzuheben, die Genossin Baader-Berlin in begeisterter Weise hielt. Das

Fest, dessen Verkauf alle Erschienenen höchlichst befriedigte, führte dem Verein zehn neue Mitglieder zu. Anna Vierch.

Jahresbericht der Leipziger Vertrauensperson. Die Frauenbewegung in Leipzig befindet sich zurzeit im Stadium einer äußeren Umwandlung. Bis vor kurzem bestand hier ein sozialdemokratischer Frauenverein mit ca. 250 Mitgliedern. Er sorgte durch politische, pädagogische, hygienische und andere Vorträge für die Aufklärung seiner Mitglieder und lieferte ihnen für einen Monatsbeitrag von 30 Pfennig auch die „Gleichheit“ gratis. Mit dem, was der Verein für die Schulung der Frauen leistete, können wir sehr zufrieden sein. Er hat eine ganze Reihe seiner Mitglieder zu überzeugten, rührigen und zum Teil redgewandten Genossinnen herangebildet. Seine Ausdehnung freilich hielt mit seinen Leistungen nicht recht Schritt. Das mag zum Teil darauf zurückzuführen gewesen sein, daß viele Genossinnen den Verein nicht allzugern sahen, sondern ihn als Eigenbrüdel betrahteten. Am 31. Mai dieses Jahres faßten nun die Genossinnen den Beschluß, den Verein aufzulösen und sich den lokalen Organisationen der Genossinnen anzuschließen. In allen der Partei zugehörigen Vereinen wurde der Mitgliedsbeitrag für die Frauen auf 20 Pfennig festgesetzt und ihnen dafür die „Gleichheit“ geliefert. Nur der Volksverein Leipzig-Sohlis hat für seine weiblichen Mitglieder einen Beitrag von 40 Pfennig beibehalten. Die Folge dürfte sein, daß dort die Zahl der organisierten Frauen zurückbleibt. Der Anschluß der Genossinnen an die lokalen Parteivereine hat sich besonders insofern bewährt, daß die in ihrer Zeit beschränkten Frauen leichter instände sind, Versammlungen in ihrem Vorort zu besuchen, als die im Mittelpunkt der Stadt stattfindenden Frauenvereinsversammlungen. Die genaue Zahl der den Parteivereinen beigetretenen Frauen läßt sich jetzt nicht feststellen, da die Reorganisation noch nicht abgeschlossen ist. Circa 500 bis 600 politisch organisierte Frauen dürften wir wohl schon in Leipzig zählen, die Vororte mitgerechnet. Die Diskussionsabende, die schon eine Reihe von Jahren für die Genossinnen abgehalten wurden, sind um ihres erzieherischen Wertes willen auch bei der Neuordnung der Dinge beibehalten worden. An diesen Abenden wurden das Erfurter Programm sowie verschiedene politische und gewerkschaftliche Fragen durchgesprochen. Diese Besprechungen waren die Grundlage für keine Vorträge, welche die Genossinnen ausarbeiteten und hielten, und die von den Teilnehmerinnen kritisiert wurden. Die Genossinnen müssen der Reihe nach die Diskussionsabende leiten, um dann auch in ihren Vereinen Versammlungen leiten zu können. Zur Ausbildung von Schriftführerinnen wird über das Besprochene Protokoll geführt.

Eine Anzahl Genossinnen beteiligten sich mit Erfolg an öffentlichen Gewerkschafts- sowie Werkstübenvorlesungen, bei denen es sich um die Organisierung der Arbeiterinnen handelte. Für die gewerkschaftliche Arbeit der Genossinnen besteht eine Frauenagitationskommission, die auch im Gewerkschaftskartell Sitz und Stimme hat. Dagegen ist seit der Gründung des Arbeiterssekretariats die Beschwerdekommision der Genossinnen aufgelöst worden. Häufig werden indes die früheren Mitglieder derselben noch von Arbeiterinnen aufgesucht. Wir verweisen sie, wenn sie organisiert sind, an das Sekretariat, im anderen Falle an die Organisation.

Möchten die Genossinnen nicht nur zahlende Mitglieder der Vereine sein, sondern sich auch rege an allen Parteiarbeiten beteiligen. Auf, Genossinnen, zu neuem Wirken, auf daß im nächsten Jahre wiederum über eine erfolgreiche Tätigkeit berichtet werden kann. Toni Frenzel.

Die Forderung des Frauenstimmrechtes anlässlich der großen Wahlrechtsdemonstrationen in Sachsen zu erheben, veranlaßte Genossin Baader die sozialistischen Frauen. In einem Zirkular forderte sie die Vertrauenspersonen der Genossinnen in Sachsen auf, darauf hinzuwirken, daß gemäß der Beschlüsse von Dresden und Amsterdam die Forderung des Frauenwahlrechtes nicht vergessen werde. Es versteht sich, daß diese Mahnung auch für die Genossinnen und Genossen anderer Bundesstaaten gilt, wo das Proletariat in nächster Zeit für die Demokratisierung des Wahlrechtes kämpfen wird.

Die sächsischen Genossinnen im Kampfe um das Wahlrecht. In ganz Sachsen fanden am 18., 19. und 20. November Versammlungen statt, in welchen das Volk die Beteiligung des sächsischen Wahlrechtes forderte. Überall haben sich die Frauen rege an den Versammlungen beteiligt. In Leipzig forderten die Genossinnen in allen Versammlungen das aktive und passive Wahlrecht für alle Staatsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechtes. Die Frauen sind überall ausgerüstet worden, sie begreifen, daß auch sie das Wahlrecht besitzen müssen, damit sie sich und die Ihrigen gegen die Ausbeutung und Unterdrückung durch den Geldsack verteidigen können. Gerade in Sachsen ist es das Kapital, das mit Hilfe des elenden Wahlrechtes herrscht. Die Folgen davon sind schamlose Auswucherung der arbeitenden Massen, Verteuerung der notwendigen Lebensmittel und politische Knechtung. Das kommt auch den Frauen mehr und mehr zum Bewußtsein, ganz besonders jetzt vor dem Weihnachtsfest. Wie viele Proletarierinnen, die es den Ihrigen zu einem Feste der Freude machen möchten, sehen ihm in Schmerzen und Sorgen entgegen. Möchte doch die Not der Zeit alle Frauen der werktätigen Massen zu dem Erkenntnis wachrufen, daß sie sich mit Ernst und Mut am politischen Leben beteiligen müssen. Kein einziges Weib sollte sich durch den Gedanken vom politischen Kampfe abhalten lassen, daß dem ehrbaren Erischer die Haare zu Berge stehen, wenn er von politisch tätigen Frauen und von Frauenwahlrecht reden hört. Wir Proletarierinnen müssen über das Gezeir der

Philister, wie über die albernen Witze hinweggehen, mit denen Staatsmänner vom Schlage eines Posadowsty die politische Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechtes lächerlich zu machen suchen. Wir müssen im Kampfe um das Stück Brot unsere Pflicht erfüllen so gut wie der Mann. Wir erhalten vom Staate Lasten aufgebürdet so gut wie er. Und wenn wir keinen Militärdienst leisten, so haben wir dafür die Soldaten zu gebären und zu erziehen. Deshalb müssen auch wir volles Bürgerrecht erlangen. Wir wollen es nähern, um das alte, morsche Ding des kapitalistischen Ausbeuterstaates jung zu schmieden in die sozialistische Zukunftsgesellschaft. Der Besitz des Wahlrechtes ist für uns eine unentbehrliche Waffe, am Kampfe des Proletariats für seine Befreiung mit voller Kraft teilnehmen zu können. Aberall, wo in Sachsen gegen das schändliche Wahlrecht demonstriert wird, müssen deshalb die Genossinnen in den vordersten Reihen stehen. Überall müssen sie sich angelegen sein lassen, noch indifferente Männer und Frauen über die Bedeutung des eingeleiteten Kampfes aufzuklären. Wir sind sicher, daß sie es an Mut, Tapferkeit und Ausdauer nicht fehlen lassen, denn sie wissen, daß ihr Ringen einem hohen Ziele gilt.

Frauen bei Wahlen. Bei den Vertreterwahlen zur Allgemeinen Ortskrankenkasse in Elberfeld erlitten die Christlichen eine schwere Niederlage. Die freien Gewerkschaften erhielten 4461 Stimmen, die Christlichen mußten sich mit 1198 Stimmen begnügen. Die „Freie Presse“ schreibt dazu: „Angemein stark war die Beteiligung der weiblichen Klassenmitglieder an der Wahl. Diese Tatsache erfüllte unsere Christlichen mit besonderer Freude, glaubten sie doch, daß diese Frauen und Mädchen ausnahmslos für ihre Liste stimmen würden. In Wirklichkeit dürfte aber ein großer, wenn nicht gar der größte Teil der Frauen und Mädchen für die freien Gewerkschaften gestimmt haben. Jedenfalls ein besonders erfreuliches Moment der Wahl, das gewiß insofern weitere Folgen haben wird, als sich die Gewerkschaften im kommenden Jahre ernstlich mit der Aufstellung von weiblichen Vertretern sicherlich beschäftigen werden. Es könnte jedenfalls nur zweckmäßig sein, wenn sogar im Vorstand ein weibliches Mitglied Sitz und Stimme hätte.“ Ganz unsere Meinung, die wir stets vertreten haben.

Agitation im fünften und dritten Schleswig-Holsteinischen Wahlkreis.

„Die Agitation unter dem weiblichen Proletariat ist in industriearmen Gegenden von wenig Erfolg begleitet und deshalb ziemlich zwecklos.“ So urteilen leider nur zu oft unsere Genossen. Soweit die Agitation für die Gewerkschaften in Frage kommt, haben sie zweifellos recht. Soweit es sich jedoch um die politische Agitation handelt, keineswegs. Im Gegenteil. Die Frau, die das Glück hat, sich noch ihrer Familie widmen zu können, die nicht fürs Brot mitzuarbeiten braucht, hat mehr Zeit und Kraft, sich mit politischen Fragen eingehend zu beschäftigen, als eine gewerblich tätige Frau. Hier heißt es für die Agitation nur anknüpfen an politische Tagesfragen, die tief eingreifen in die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse der Arbeiterfrau, der Arbeiterfamilie.

Was wäre zum Beispiel ein geeigneter Ausgangspunkt für die politische Aufklärung unserer Hausfrauen als die Zoll- und Handelspolitik, um so mehr, wenn diese als agrarische Auswucherungspolitik in die Erscheinung tritt. Das aber just gegenwärtig, wo sich die Fleischnot andauernd und in steigendem Maße fühlbar macht, wo jeder Fleischaufkauf ein bedenklich großes Loch in den Arbeitergeldbeutel reißt, oder was noch schlimmer ist, wo Tausende Arbeiterfrauen auf den Einkauf von Fleisch verzichten müssen. Ein kurzer Aufenthalt in dem Metzgerladen eines Arbeiterviertels belehrt uns darüber, wie die unerschwinglich hohen Fleischpreise geradezu aufreizend wirken. Unsere Pflicht ist es, dafür zu sorgen, daß die gerechte Empörung der Frauen nicht in gelegentlichen Unmutsäußerungen verpufft, sondern sich konzentriert zu einem planmäßigen Kampfe gegen die kapitalistische Gesellschaftsordnung, in der Beteiligung an der Arbeiterbewegung.

Das reaktionäre Vereinsgesetz hindert uns ja leider, im größten Teile Deutschlands die Frauen dem sozialdemokratischen Verein zuzuführen. Jedoch ist es möglich, ohne mit dem Vereinsgesetz in Konflikt zu kommen, die für unsere Bewegung sich interessierenden Frauen in Fühlung mit der Vertrauensperson zu bringen, die an den einzelnen Orten tätig ist, und einen Rahmen für deren Zusammenfassung zu finden. Sorgen wir außerdem dafür, daß jede dieser Frauen Abonnentin unserer „Gleichheit“ wird, so ist damit gleichzeitig ein geistiges Band um dieselben geschlungen. Um in diesem Sinne unter den Frauen und Mädchen des fünften Kreises in Schleswig-Holstein zu agitieren, fanden eine Reihe öffentlicher Versammlungen statt, die durchweg vom besten Erfolg gekrönt waren.

In Kellinghusen, wo übrigens eine Anzahl Frauen in der Tabakindustrie, in der Töpferei, beim Steinverladen usw. tätig sind, wurde eine Vertrauensperson und eine Stellvertreterin gewählt, die „Gleichheit“ gewann 20 Abonnenten. In Ithoe sind sehr viele Frauen industriell tätig, vor allem in der Textilindustrie. Mit Recht wurde daher von unserem Kreisvertrauensmann Genossen Kellermann darauf hingewiesen, daß die weibliche Vertrauensperson außer ihrer politischen Agitationsarbeit sich auch der Agitation unter den noch fast vollständig indifferenteren Textilarbeiterinnen zu widmen hat. Sie muß Material über die Mißstände in den Fabriken sammeln, um daran anknüpfend um so erfolgreicher die Aufklärung unter diese Lohnsklavinnen tragen zu können. Als Resultat der Versammlung ist zu verzeichnen: circa 70

Besorinnen für die „Gleichheit“ sowie eine Anzahl neuer Mitglieder für den Wahlverein. In Lägerdorf, Wilster, Heide, Meldorf und Brunsbüttel wurden weibliche Vertrauenspersonen gewählt sowie eine Anzahl Abonnenten für unsere Presse, vor allem auf die „Gleichheit“, gewonnen. Dagegen mußte in Marne und Büsum die Wahl einer Vertrauensperson unterbleiben, weil nicht die nötigen Vorarbeiten dafür gemacht waren. Die Genossen versprachen, dies für die nächste Zeit nachzuholen. In Büsum erhielt die „Schleswig-Holsteinische Volkszeitung“ das erste Duzend Abonnenten; dem Wahlverein wurden 18 Mitglieder zugeführt. In beiden Orten sind die Arbeiterfrauen und Kinder oft bis spät in die Nacht hinein beim Krabbenfischen (als Heimarbeit) beschäftigt. Wiederum ein Beweis, wie wenig das Kinderzuschlaggesetz beachtet wird. Würde die Kinderarbeit ausgeschaltet, so hätten es die Frauen jaft bei dieser Beschäftigung leicht, eine bessere Bezahlung zu erlangen. An den konservierten Krabben sowie am Krabbenextrakt wird seitens der Fabrikanten ein sehr hoher Verdienst erzielt. Jetzt aber wird bei der Festsetzung der Löhne von vornherein die Tatsache in Kalkulation gezogen, daß Kinder mitarbeiten. In Marne haben die Frauen übrigens im Vorjahre durch ihre Einigkeit die Erhöhung des Lohnes von 5 Pf. auf 8 Pf. pro Pfund erzielt. Die Agitation brachte der „Gleichheit“ 200 bis 250 neue Abonnenten. Im Anschluß an sie folgten eine Anzahl Versammlungen im dritten Kreise: in Loose, Eckernförde, Schleswig, Bütteldorf und Friedrichsort. In Loose, einem rein ländlichen Orte, ist an eine Frauenbewegung noch nicht zu denken, wenn auch erfreulicherweise eine ganze Anzahl Frauen mit großer Aufmerksamkeit dem Vortrag folgten. Dagegen wurden in allen übrigen Orten Genossinnen mit dem Posten einer Vertrauensperson betraut und die „Gleichheit“ erfolgreich eingeführt. So wurden in Friedrichsort zum Beispiel 60 Abonnenten gewonnen, im ganzen in den vier Versammlungslagen 160. Hier wie im fünften Kreise versprach man, nicht nur die Frauen zum Abonnement auf die „Gleichheit“ zu veranlassen, sondern sie auch an die dauernde freiwillige Beitragsleistung zu gewöhnen, wie sie im sechsten und zum Teil auch im siebten Kreise durchgeführt ist. Dieser Lage setzt die Agitation unter dem weiblichen Proletariat auf die Veranlassung der Genossin Baumann auch im achten Kreise ein, so daß wir bald von einer lebhaften Frauenbewegung in der ganzen Provinz werden reden können. Luise Zieh.

Politische Rundschau.

Das Weihnachtsgeschenk, das die Reichsregierung dem deutschen Michel — aus der Tasche ziehen will, um es dem Militärmoloch in den unerfülllichen Schlund zu stoßen, beläuft sich auf eine Viertelmilliarde an neuen Steuern. Die einzige darunter, mit der wir einverstanden sein könnten, ist die Erbschaftsteuer, aber auch nur unter der Voraussetzung, daß dafür andere, auf der breiten Masse der Bevölkerung lastende Abgaben, zum Beispiel die Salzsteuer, oder Zölle aller Art auf notwendige Lebensmittel aufgehoben werden. Daran denken aber natürlich die politischen Mandatäre des Großbesitzes in den Regierungen nicht. Nur auf Vermehrung der Abgaben, nicht auf deren rationelle Umgestaltung kommt es ihnen bei der sogenannten Finanzreform an. Massentonsumartikel wie Bier und Tabak, Verkehrsmittel wie Fahrkarten sollen bluten, die Belastung des Volkes durch indirekte Abgaben ist das alte Mittel, das die Reichsbureaufträte auch jetzt nur vorzubringen weiß, nachdem trotz wiederholter Abgabenerhöhungen die Reichsfinanzen in ein chronisches Defizit hineingewirtschaftet wurden. Daß ein gut Teil der geplanten Mehreinnahmen von der Flottenvergrößerung aufgezehrt werden soll, wurde in der vorausgehenden Betrachtung schon hervorgehoben. In unproduktiver Weise soll auch das übrige verzettelt werden. Die begonnene Budgetberatung wird helles Licht auf dieses Treiben werfen.

Das nötige Vorspiel dazu lieferte im Reichstag eine Interpellation wegen der Fleischnot. Seit Monaten klagt das Volk über wachsende Fleischpreise; es fordert die Aufhebung der Grenzsperrn. Die Regierung hat vordem darauf nur ein Achselzucken gehabt, und auch jetzt wieder begegnete der Landwirtschaftsminister v. Pöbbecke den eindringlichen Darlegungen unserer Genossen Scheidemann und Mollenhuth mit dem hallofen Gerede, daß eine ernstliche Kalamität nicht bestehe und im übrigen die Öffnung der Grenzen deshalb unmöglich sei, weil sonst die fremden Viehseuchen das deutsche Schwein und den deutschen Ochsen rettungslos vernichten würden. Was die Bestreitung ernstlicher Feuerungsstände anbetrifft, braucht man Sozialdemokraten ja nicht mehr klar zu machen, und selbst für jeden patriotischen Mann sollte der Hinweis auf die Tatsache genügen, daß nicht nur Beamte aller Art, sondern sogar die Regierung von Schwarzburg-Rudolstadt für den Fürsten dieses Landes eine Einkommenserhöhung mit der Preissteigerung der Konsumartikel begründet hat. Sie fordert für ihn so eine Art Feuerungszulage, allerdings als dauernde Einrichtung, von 82000 Mark und läßt es sogar auf einen Konflikt mit der Landesvertretung ankommen. Die Not des Volkes offenbart sich aber mit erschreckender Deutlichkeit in der erwiesenen Zunahme des Verbrauchs von Pferdefleisch und sogar Hundefleisch. Bei der wachsenden materiellen Not kann sich das Volk an Idealen legen. Für den Ausbau der Ruinen der Hohkönigsburg im Elsaß werden von der nämlichen Regierung, welche die Fleischnot leugnet, die indirekten Abgaben erhöht und sich ihrer äußersten Sparsamkeit rühmt, neue Summen gefordert. Dabei kehrt auch jetzt noch der grauenvolle Südwestafrikazug an Deutschlands Wohlstand. An die 300 Mil-

tionen hat er bald gelöst. Gleichsam um auch diesen Vampir nicht in Vergessenheit kommen zu lassen, forderte die Regierung gleich zu Anbeginn der Session den schleunigen Ausbau einer neuen südwestafrikanischen Kolonialbahn von Lüderikort nach Kubus. Das war die zweite Debatte, in der die Sozialdemokratie mit der Reichspolitik abrechnen konnte. Dabei offenbarten die Regierungsvertreter eine derart klägliche Unfähigkeit, wie sie sogar frühere Erfahrungen nicht hatten erwarten lassen. Der neue Leiter des Kolonialamtes, ein Erbprinz aus dem Geschlecht derer von Hohenlohe-Langenburg, beschränkte sich vorsichtigerweise auf Allgemeinplätze. Die übrigen Wortführer der Regierung spekulierten auf die Hurra Stimmung der Mehrheit, am meisten der frisch vom Kriegsschauplatz bezogene Oberst Deimling. Er erzielte bei den militärfreundlichen Parteien natürlich starken Beifall, trotzdem ihm von sozialdemokratischer Seite die völlige Unkenntnis in der Sache, die er vertreten wollte, nachgewiesen wurde. Erzählte er doch mit militärischem Schneid, daß es gelungen sei, bei der Trainierung dieser Wüstenbahn die gefährlichen Wanderdünen völlig zu vermeiden, während die Vorlage mit dem Bauplan ausdrücklich Schutzwecke gegen Sandwehen und zwei Kilometer lange Tunnelbrücken (aus Wellblech) für die Bahnstrecke vorsieht, weil die Wanderdünen, wie ausdrücklich erklärt wird, sich leider nicht vermeiden lassen.

Womit der Herr Oberst sich aber einen dauernden Namen in der deutschen Geschichte gesichert hat, ist sein Bekenntnis zu der Trothaschen Ausrottungsstrategie. Unfer Redner hatte abermals die zwei Trotha-Erlasse zur Sprache gebracht, die Herero wie die Hottentotten mit Ausrottung bedrohten und zur Auslieferung ihrer Führer — „tot oder lebendig“ — gegen Prämien von 1000 bis 5000 Mark pro Kopf aufgefodert wurden. In dem Erlaß an die Herero war außerdem angekündigt worden, daß auch die Frauen und Kinder, die sich ergeben wollten, durch Schüsse zurückgeschickt werden sollten. Notorisch sind Frauen und Kinder der Herero zu Tausenden vor Hunger und Durst in der Wüste umgekommen. Die Regierungsvertreter suchten sich der Aufklärung darüber, ob sie diese Erlasse gebilligt haben oder nicht, durch Schweigen zu entziehen. Nur der Herr Oberst Deimling erklärte auf die direkte Frage unseres Redners: „Billigen Sie das?“ — „Jawohl, vollständig!“ Er fand Zustimmung und Unterstützung bei Nationalliberalen, Konservativen und Antifemiten. Das gab unserem Redner Anlaß, die Demokratisierung, die solche Kolonialkriege überall notwendig zur Folge haben, scharf zu geißeln und den völligen Verzicht auf dieses grenellose Kolonialsystem zu fordern. Aber die geplante Wüstenbahn wird in der Kommission weiter verhandelt werden. Da werden noch manche Einzelheiten ans Licht gebracht werden. Die bürgerlichen Parteien dürfen der Verantwortung sich nicht entziehen, daß sie die Mitschuld tragen an all dem Unheil, das uns aus der abenteuernden Weltpolitik bereits erwachsen ist und noch erwachsen wird.

Unter den Sensationen des Sommers spielte auch die Verstimmung zwischen England und Deutschland oder vielmehr zwischen den herrschenden Klassen beider Länder eine große Rolle. Jetzt hat sich das konservative Ministerium Balfour, das die Mitschuld an diesen Verwürfnissen trägt, vollständig abgewirtschaftet. Es muß ersetzt werden durch ein liberales Kabinett, wahrscheinlich unter der Präsidentschaft von Campbell-Bannerman. Für Deutschland hat dieser Kabinettswechsel den Vorteil, daß ein liberales Kabinett immer friedlicher gestimmt ist als ein konservatives, und daß die Reichsregierung deshalb es nunmehr leichter haben wird, die Verstimmungen zu beseitigen — wenn sie will. Für das englische Volk wird der Kabinettswechsel den Vorteil haben, daß das liberale Kabinett, um sich am Ruder zu halten, eine Ara sozialer Reformen einleiten muß. Bei den jetzt notwendig werdenden Neuwahlen im Januar, nach der Auflösung des Parlaments, werden die englischen Sozialdemokraten aller Schattierungen bessere Aussichten haben als je zuvor, den Sozialismus in England zur Geltung zu bringen. Hoffentlich zeigen sie sich der Situation gewachsen.

Gewerkschaftliche Mundschau.

Das Jahr 1906, das nunmehr zur Rüste geht, wird in der Geschichte der Klassenkämpfe Deutschlands einen für die Arbeiterklasse ruhmreichen Platz einnehmen. Beleuchtet vom Feuerchein der russischen Revolution, kämpfte auch das deutsche Proletariat in stetem Ringen mit seinen zahlreichen Feinden und Ausbeutern um seine politischen und wirtschaftlichen Rechte. Ein rechtes Kampfsjahr! Und zwar spielten sich die Kämpfe in der Hauptsache auf gewerkschaftlichem Gebiet ab. Nicht immer blieb die Arbeiterklasse in diesen großen wirtschaftlichen Kämpfen Sieger. Die Übermacht des im Klassenstaat allmächtigen Kapitals, dem jederzeit Polizei und Regierung zu Diensten stehen — aber auch Unentschlossenheit der Arbeiter und Arbeiterinnen selbst und unverständiges Fernbleiben von ihren politischen und gewerkschaftlichen Organisationen, mangelndes Solidaritätsgefühl, vereitelten manchen für die Arbeiterklasse aussichtsvollen Sieg. Mancher mutige Kämpfer blieb auf der Walfahrt liegen. Doch immer wieder schloßen sich die Reihen, die Lücken der Schlachtlinie werden ausgefüllt und der Feind von neuem attackiert!

Der Textilarbeiterverband wird wohl diejenige deutsche Gewerkschaft sein, die auch in diesem Jahre neben verschiedenen wirtschaftlichen Erfolgen für ihre Mitglieder eine große Zahl von Opfern zu verzeichnen haben wird. Und zwar nicht nur materielle, sondern auch Opfer in Gestalt von Brotlosmachung manches braven Genossen, mancher tüchtigen Genossin, die, von rachsüchtigen Unternehmern gekennzeichnet, auf Monate hinaus keine Beschäftigung mehr

finden können. So wird auch der jetzt abgebrochene große Kampf der Weber in der sächsisch-thüringischen Textilindustrie, aus dem die Arbeiter leider nicht als Sieger heimkehrten, wieder manches Opfer erfordert haben. Und sicherlich werden alle auf der Landstraße herumirrenden Arbeitslose keine Lobeshymnen beim „christlichen Friedensfest“ auf die heutige göttliche Weltordnung anstimmen. Wir wollen auch an dieser Stelle immer wieder darauf hinweisen, daß gerade die Textilarbeiter es sind, die noch gegen die schlechtesten Arbeitsbedingungen ankämpfen müssen. So hören wir von gewaltigen Demonstrationen der Niederlausitzer Textilarbeiter für den Zehnstantentag, eine Forderung, die für viele Gewerkschaften abgetan ist, weil bereits eine kürzere Arbeitszeit als die zehnstündige im Gewerbe üblich ist. Große Versammlungen haben in den Städten der Niederlausitz stattgefunden, in denen ernste Entschlossenheit herrschte und die feste Absicht, die Bewegung nicht im Sande verlaufen zu lassen. Mit der Forderung der Arbeitszeitverkürzung wird selbstverständlich eine Lohnerhöhung verlangt.

In der Leipziger Posamentenbranche wurde durch einen sechs wöchigen Streik leider nicht mehr erreicht, als was die Unternehmer schon vorher zugestimmt hatten: vom 1. April ab 5 Prozent Lohnerhöhung und Arbeitszeitverkürzung um zwei Stunden wöchentlich. — Der Verbandsvorstand beruft zu Mitte April nächsten Jahres die achte Generalversammlung nach Wühlhausen i. Th. ein. Zwei der wichtigsten Punkte der Tagesordnung sind: Einführung der Arbeitslosenunterstützung und Übernahme der Fachzeitung in eigene Regie des Verbandes.

Nach der erfolgreich beendeten Lohnbewegung der Berliner Wäschearbeiterinnen sind nun auch die Bielefelder mit Forderungen vorgegangen. Sie verlangen: Neuneinhalbstündige Arbeitszeit für alle Arbeiterinnen, 10 Prozent Zuschlag zu den bisher gezahlten Akkordlöhnen, unentgeltliche Lieferung von Garn und Maschinennadeln, 10 Prozent Zuschlag für Überstunden. Nur in Ausnahmefällen dürfen Überstunden gemacht werden, und zwar in der Woche höchstens fünf. Die Unternehmer lehnten die Forderungen ab, worauf ca. 2000 Personen, darunter 96 Prozent Arbeiterinnen, in den Ausstand traten. Da der Verband der Wäschearbeiterinnen nur klein und finanziell nicht sehr stark ist, muß die Arbeiterschaft und die anderen Gewerkschaften tief in den Beutel greifen, soll der Ausstand für die Streikenden günstig enden.

Der Tabakarbeiterverband rüstet bereits zur kräftigen Abwehr der von der Reichsregierung geplanten höheren Besteuerung des Tabaks. Um die Nummerfalte des Militarismus und Marxismus zu füttern, soll eine Industrie in ihrer Existenz gefährdet, sollen viele Tausende Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigungs- und brotlos werden. — Die Dresdener Zigarettenfabrikanten halten ihr Versprechen nicht. Die Zahl der ausgesperrten Arbeiterinnen wird nicht geringer; die Unternehmer entlassen Arbeiterinnen, die am Kampfe beteiligt waren, und stellen Arbeitswillige dafür ein. Die Brutalität der Herren zeigt sich dabei oft ganz unverhüllt. So wurde einem Mädchen gekündigt, das die Einlabung zu einer Fabrikbesprechung an ihre Mitarbeiterin weitergab. Auch an zahlreichen kleinen Schikanen fehlt es nicht. So wird zum Beispiel der Tabak Knapp zugenossen, und wer damit nicht auskommt, was sehr oft passiert, wird entlassen. Das konnte man vor dem Streik nicht. Die Zigarettenproduktionsgenossenschaft, die nur ausgesperrte Arbeiterinnen einstellt, wird eröffnet. Sie muß kräftigste Unterstützung durch Abnahme ihrer guten Fabrikate aus den Arbeiterkreisen erfahren. — Mit einem Erfolg endete die Lohnbewegung der Berliner Zigarettenarbeiter und -arbeiterinnen nach langwierigen Verhandlungen mit den Unternehmern. Es wurde zugestanden: Allen Lohnarbeiterinnen, die unter 12 Mark wöchentlich verdienen, eine Zulage von 6 Prozent, jedoch nicht unter 50 Pfennig, und Erhöhung der Akkordlöhne um 15 Pfennig pro 1000 Stück Zigaretten. Außerdem soll an die Schaffung einer Tarifgemeinschaft gegangen werden. Ist auch der Vergleich, namentlich in der erstbezeichneten Position, ein magerer, so ist er doch, in seiner Gesamtheit betrachtet, noch annehmbar. Die Bewegung zeichnete sich durch große Begeisterung und Einigkeit der Arbeiterinnen aus, und diesen Faktoren ist das glückliche Ende wohl in erster Linie zu verdanken.

Auch die Aussperrung der Berliner Lederarbeiter (Weißgerber, Färber) hat nach achtwöchiger Dauer mit einem Vergleich geendet. Die Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen hatten sich mit ihnen solidarisch erklärt und ebenfalls die Arbeit niedergelegt. Ihr solidarisches Verhalten scheint ihnen nicht besonders große Früchte eingetragen zu haben, denn, wie verlautet, ist ihnen eine geringe Lohnerhöhung zugestimmt worden, ohne nähere Bestimmung in welcher Höhe. — Der Kürschnerstreik in Markranstädt, an dem Arbeiterinnen ebenfalls beteiligt sind, wird, wie es scheint, ein recht langwieriger. Die Streikenden rüsten sich, um ihn eventuell bis zum Frühjahr führen zu können. Einigungsversuche des Bürgermeisters wiesen sie zurück. Die dortigen Gewerkschaften veranlassen für die Ausständigen und ihre Kinder, deren 340 in Betracht kommen, eine Weihnachtsfeier, wozu Sammlungen eingeleitet worden sind.

Der Verband der Glasarbeiter und -arbeiterinnen blickt auf eine fünfzehnjährige Tätigkeit zurück; nach einem Mitgliederrückgang im Jahre 1901, als Folge des unglücklich verlaufenen Streiks, ist nun wieder die alte Höhe mit 9000 Mitgliedern erreicht. — Im Hutmacherverband wurde durch Abstimmung die Erhöhung des Beitrags für die Invalidentasse abgelehnt, desgleichen der Anlauf eines eigenen Vereinsthauses; beide Beschlüsse dünken uns kein Fehler. — In Liegnitz sind 20 Hutarbeiter und 10 -arbeiterinnen schon dreizehn Wochen ausgesperrt. Die Fabrikanten

wollten ganz empfindliche Lohnabzüge machen. Die Firma (Ditmar) wird dort boykottiert.

In einer Münchener Gummifabrik endete ein Streik, an dem 1000 Arbeiter und Arbeiterinnen beteiligt waren, mit einem vollen Siege. Einigkeit brachte den Erfolg in kürzester Zeit.

Der Verband der Konditoren will in Berlin geregelte Arbeitsverhältnisse für die im Gewerbe Beschäftigten einführen. Dem Unternehmerverband sind Forderungen vorgelegt, die 24 Mark für Gehilfen, für jugendliche Arbeiter bis 18 Jahren 12 bis 15 Mark und für Arbeiterinnen 8, 9 und 10 Mark fordern, bei jährlichen Zulagen von 1 Mark pro Woche. Zu diesen bescheidenen Lohnforderungen — die letztere erscheint uns sogar zu bescheiden und könnte wohl lieber in Wegfall kommen — wird eine 57 stündige Arbeitszeit pro Woche und 25 bis 30 Prozent Zuschlag für Überzeitarbeit verlangt.

Im Handschuhmacherverband war ein großer Streit entfiacht zwischen der Zentralleitung und dem Ortsverein Halberstadt. Nach einer unseres Erachtens höchst unnützen und unglücklichen statutarischen Bestimmung ist ein Ortsverein berechtigt, die Vertrauensfrage für einen besoldeten Beamten zu stellen; wird sie durch Abstimmung verneint, so muß der Beamte seiner Wege gehen. Der jetzige Vorsitzende soll dadurch gesündigt haben, daß er den seiner besten Überzeugung nach völlig aussichtslosen Streik in Halberstadt zur Beilegung brachte. Der Halberstadter Verein hat deshalb betreffs seiner die Vertrauensfrage gestellt. Eine durchaus unverdiente schwere Kränkung. Die Arbeiter sind leider noch oft in Kleinlichen Sachen groß und in großen Sachen kleinlich! Nach scharfer Zeitungspolemik gelang es dem Ausschußvorsitzenden, den Streit beizulegen und den Ortsverein zur Zurückziehung seines Antrags zu bestimmen. Hoffentlich wird auf der nächsten Generalversammlung des Verbandes diese statutarische Bestimmung in die Wollschucht geworfen.

Nun zum Schluß noch eine recht erfreuliche Nachricht. Der Verband deutscher Gastwirtsgehilfen hat in den letzten Wochen eine umfangreiche, von guten Erfolgen begleitete Agitation unter den Kellnerinnen betrieben. So wurde in München unter den Kellnerinnen eine Filiale des Verbandes gegründet. Mit diesem löblichen Vorgehen wird einer der ausgebeuteten Arbeiterinnenkategorien die Möglichkeit zur Hebung ihrer sozialen Lage geboten. Wir wünschen herzlich Glück zu diesem Anfang. Wir werden diese Bewegung, soviel in unseren Kräften steht, jederzeit unterstützen. #

Notizenteil.

Der Niesenkampf in der sächsisch-thüringischen Textilindustrie wurde am 28. Oktober abgebrochen. Am 29. Oktober ist die Arbeit in sämtlichen Betrieben des Aussperrungsgebietes unter folgenden Bedingungen wieder aufgenommen worden:

„Der Verband Sächsisch-Thüringischer Webervereine wird als selbstverständlich Gewähr leisten, daß Maßregelungen jeglicher Kategorien von Arbeitern aus Anlaß des Streiks und der Aussperrung nach Wiederaufnahme der Arbeit keinesfalls stattfinden, wohingegen als ebenfalls selbstverständlich erwartet wird, daß Belästigungen oder Verhöhnungen Arbeitswilliger nach Wiederaufnahme der Arbeit nicht vorkommen.“

Die Arbeiterschaft erwartet, daß die Anstellung aller jetzt außer Arbeit gekommenen Stuhlarbeiter, sofern das nicht gleich am ersten Tage möglich sein sollte, innerhalb ganz kurzer Zeit erfolgt, so daß eine weitere Unterbrechung der Arbeit möglichst nicht stattfindet.“

Des weiteren wurde der Kommission erklärt, daß die früheren Zusagen, wonach später in weitere Verhandlungen über den Tarif eingetreten werden sollte, auch heute noch aufrecht erhalten würden.

Wohl lehren die braven Kämpfer und Kämpferinnen aus dieser Niesenschlacht nicht als Sieger zurück. Noch war ihre Organisation nicht stark genug, das brutale Kapital niederzuzwingen. Doch der Hauptschlag der grausamen Ausbeuter wurde abgewehrt. Es ist dem übermütigen Proletariat nicht gelungen, die Organisation der Textilarbeiter zu sprengen. So geschlossen, wie die Arbeiter in den Niesenkampf getrieben wurden, so einmütig kehrten sie aus ihm zurück. Die Solidarität war stärker als der Hunger. Die Schlacht ist aus. Einfach sind ihre Lehren für euch Textilarbeiterinnen und -arbeiter. Eure Ausbeuter haben euch gezeigt, daß sie vor keiner Brutalität, vor keinem Gewaltmittel zurückschrecken, um euch auf die Knie zu zwingen. Dagegen könnt ihr nur eines tun: Fest und treu in eurer Organisation zusammenstehen. Verbindet eure Bunden, und vorwärts zu neuer Arbeit! Jedes Mitglied, das ihr der Organisation zuführt, jedes Hiern, das ihr auflärt, ist eine Bürgschaft für künftige Siege. Die Unternehmer werden sicher versuchen, eure Hungerlöhne noch weiter zu drücken, sie werden nach Mitteln und Wegen ausspähen, um die Lasten der wahnwitzigen Zollpolitik auf eure Schultern abzuwälzen. Darum seid auf der Hut. Darum vorwärts zu neuer, rastloser Arbeit, zum endlichen Siege.

Adressen der Vertrauenspersonen des sechsten Schleswig-Holsteinischen Wahlkreises:

- Glückstadt: Frau Schulze, Königstraße 13.
- Elmsborn: Frau Knop, Gärtnerstraße 24 I.
- Itzerfen: Frau Krause, Gr. Wülfschagen 44.
- Sidelstedt: Frau Wallmann.
- Stellingen: Frau Stelling, Steinbamm 24.
- Lockstedt: Frau Koel, Stellvertreterin, Rittersberg;
- Frau Roth, Vertrauensperson, Hospitalstraße.
- Wedel: Schulau: Frau Puh, Elbstraße, Schulau.
- Ottenfen: Frau Schönfelder, Stellvert., Am Felde 28 II;
- Frau Bartenberg, Kreisvertrauensperson, Al. Karstr. 6 II.

Nationalität.

Von Gottfried Keller.

Volkstum und Sprache sind das Jugendland,
Darin die Völker wachsen und gedeihen,
Das Mutterhaus, nach dem sie sehnennd schreien,
Wenn sie verschlagen sind auf fremden Strand.

Doch manchmal werden sie zum Gängelband,
Sogar zur Kette um den Hals der Freien;
Dann treiben Längsterwachsne Spielerlein,
Genarrt von der Tyrannen schlauer Hand.

Hier trenne sich der lang vereinte Strom!
Versiegend schwinde der im alten Staube,
Der andre breche sich ein neues Bette!

Dem einen Pontifex nur faßt der Dom,
Das ist die Freiheit, der politische Glaube,
Der löst und bindet jede Seelenfette!

Im neuen Dom.

Kirchen und Klöster, Burgen und alte Häuser haben immer eine große Anziehungskraft auf mich ausgeübt. Was läßt sich nicht alles träumen in dem kühlen Kreuzgang eines Domes, in dem dunkeln, wehrauchgeschwängerten Innern einer Klosterkirche, in den verfallenen Gängen und Gewölben einer Ritterburg auf ragendem Berggipfel. Wer das Glück hat, in früher Morgenstunde hallenden Schritten durch die Straßen der alten Stadt Nürnberg zu schreiten, der würde sich sicherlich nicht wundern, wenn eine der eichenen, geschnittenen Türen sich öffnete und ein züchtig Jungfräulein mit Puffärmeln und Schauben, das Gebetbuch in der Hand, herausträte, um zur Frühmesse in St. Sebaldus zu gehen.

Ja, es geht ein eigener Hauch von diesen alten Mauern aus. Sie erzählen von Glück und Liebe, von Reichtum, Macht und Stolz, aber mehr noch von roher Gewalt, von Aberglauben und finstern Eifer, von Folter, Rad und Scheiterhaufen.

Und wenn wir uns auch schauernd abwenden von einer Zeit, die das heilige Eigentum erbarmungslos mit dem Galgen schützte und den Henker zum bestbeschäftigten Gewerbetreibenden machte, so kann auch kein ungetrübtes Gefühl in uns aufkommen, daß wir es etwa jetzt „so herrlich weit gebracht hätten“.

An die Stelle des schwarzen Todes zum Beispiel, der ohne Unterschied des Standes im Mittelalter seine fürchterliche Ernte hielt und Städte und Länder entvölkerte, ist die Schwindsucht getreten, diese wohlgezogene Krankheit, die ihre Opfer hauptsächlich in den Wohnungen der Arbeiter sucht. Man schlägt heute nur noch Mörder den Kopf ab, das Rädern, Zerreißen, Verstämmeln, Zerquetschen und Sieden hat man für die „freien“ Arbeiter und Arbeiterinnen in den Fabriken, Bergwerken, Steinbrüchen und Eisenbahnbetrieben vorbehalten.

Die Freudenhäuser und Ladestuben mit hoher behördlicher Erlaubnis sind aufgehoben. Es ist billiger und moralischer, alljährlich Jehntausende beweinenswerter Geschöpfe „Gottes“ im Rote der Strafe untergehen zu lassen, oder wenn sie Glück haben, ihnen ein unseliges, frühes Ende in Zuchthäusern, Arbeitshäusern und Spitälern zu bereiten.

Ja, wir haben es „bis an die Sterne“ weit gebracht, und es ist nicht mehr wie richtig, daß man dem Gotte, der all dies in seiner unerforschlichen Weisheit duldet, daß man dem Gotte zu seinen sonstigen Ehrentempeln auch noch einen Dom in Berlin erbaut.

Ein protestantischer Dom nur, nicht erbaut aus den Spenden frommer Seelen und aus den Erträgen des Ablasshandels, wie die Kirche zu Sankt Peter in Rom, dessen Nachahmung er sein soll, sondern aus den Mitteln des preussischen Staates.

Seinen Teufel freilich hat auch dieses Gotteshaus gehabt, nur daß er nicht Mönch, sondern Oberhofmeister war, nicht Teufel, sondern Freiherr von Mirbach hieß. Daß sich kein Luther fand, der die Schnorrerei brandmarkt, daß die Nachfolger dieses teuren Gottesmannes und Fürstentum vielmehr stolz sind, das reine Evangelium in diesem Räume zu lehren, ist nicht etwa ein Zeichen kirchlichen Niederganges, sondern ein Beweis, ein glänzender Beweis von der konsequenten Fortentwicklung der Grundsätze Martin Luthers nach oben. Wie männiglich bekannt, konnte er im Falle der Bigamie irgend eines Fürsten die Schrift rechts auslegen und links auslegen, wenn nur das „große Volk“ nichts davon erfahre.

Daß die teure evangelische Kirche bei diesem Fluge nach oben in den Tiefen des Volkes allen Boden verlor, geniert die Herren in Talar und Wäffchen nicht. Das Gehalt ist sicher, das genügt.

Aber das Äußere und Innere des Domes sind Ströme von Tinte und Druckerwärme gestossen. Er ist in allen Teilen kunstkritisch zerlegt worden, geschmäht und von unentwegten Byzantinern sogar gelobt, wenn auch mit gehorsamsten Einschränkungen. Weil „alle gute Gabe von oben herab kommt“, ist es für diese Sorte Kunstenthusiasten ausgemacht, daß alles, was von oben kommt, auch gut ist.

Aber bei der künstlerischen Kritik kann ich nicht mitreden. Ob die Kuppel verhältnismäßig zu groß, der Eingang zu gewaltig und doch nichtsagend ist, ob der Bau die Umgebung erdrückt in seiner wuchtigen Masse und die Harmonie des Places stört, oder ob er nach der Vorder- oder Hinterfront geschmacklos ist, darüber mögen die Ästhetiker weiter streiten. Es gibt schlimmere Sachen in Berlin! Mich interessiert nur, ob der Dom seinen Zweck als evangelische, als lutherische Kirche erfüllt.

Um die Antwort vorwegzunehmen: Betrachtet man den Dom als Stätte religiöser Erbauung, so ist die Sache gründ-

lich vorbeigelungen. Bewertet man ihn dagegen als Ausdruck von der Stellung und dem Wesen der heutigen evangelischen Kirche, so darf man wohl sagen, daß er glänzend gelungen ist.

Mehr noch im Innern wie nach außen! Diese von Gott und Volk verlassene Kirche, die zum Lammelpfah äußerlichen Wortchristentums geworden ist, diese Kirche, deren Repräsentanten sich als reine, unverfälschte Mittel der herrschenden Klassen und ihrer Regierung betrachten, dem Landesherren als obersten Bischof untertan sind und auf jeden Wink von oben einschwenken wie die Unteroffiziere, vorausgesetzt, daß sie sich überhaupt die Divergenzen erlauben, diese Kirche konnte nicht treffender charakterisiert werden als durch diesen Bau.

Ein von Tageslicht durchfluteter Raum. Geräumige, splendid ausgestattete Bogen, buntfarbige Marmorsäulen, hellrot, dunkelrot, schwarz, mit vergoldeten Kapitälchen, eine behagliche Wärme, elektrische Lichtkronen, eine gepuzte Menschenmenge, die ihre Blicke neugierig oder gelangweilt herumgehen läßt. Nichts von jener feierlichen Stimmung, die alte Kathedralen ausströmen und die selbst den Ungläubigen ergreift. Wir sind in keinem weihvollen Räume, der geeignet ist, nur einen Augenblick die Sinne von der Außenwelt abzulenken, unsere Gedanken zu sammeln und uns unsere Nichtigkeit fühlen zu lassen; nichts von dem. Es ist wie in einem Schauspiel, gebaut, die Augen zu ergötzen, und wenn uns ein Vergleich passend erscheint, so der mit dem Riesensaal eines Theaters.

Nicht daß wir meinen, auch in den Kirchen der neuen Zeit müsse das mystische Dunkel herrschen und modrige, feuchte Luft. Soweit man heute solche Gebäude noch für nötig hält, mag man bei ihrer Erstellung neue Wege wandeln. Aber der Raum soll die Stimmung vorbereiten, sie beeinflussen, er soll den Besucher für das Wort empfänglich machen. Denn die Erbauung der frommen Gemeinde ist der Zweck des Baues; der Mittelpunkt soll die Predigt und der Prediger sein. Nicht ohne Grund warfen die lutherischen Zeloten allen bunten Kram und Tand, mit dem die Gläubigen in frommer Einfalt ihre Kirche schmückten, um bei den lieben Heiligen einen Stein im Brett zu haben, zum Tempel hinaus. Das Luthertum mußte zu dieser „Reinigung“ schreiten, weil es nur in fahlen Räumen, wo der immer rege Menschengesinn nichts finden konnte, an dem er haften blieb, die Aufmerksamkeit für seine Herz und Gefühl erhaltenden Darlegungen und Schriftfütterungen erzwingen konnte.

In diesem Dome jedoch! Überall flirrende, flimmernde Pracht, die durch langweilige graue Flächen noch mehr zur Geltung kommt. Der Altar überladen, goldstrotzend, die Fensterbilder grellfarbig. Selbst die mächtige Orgel, die in alten Kirchen meist so angebracht ist, daß die Gemeinde ihr den Rücken zudreht, ist hier großmächtig an die Seite gestellt, damit beim ersten Zuge die Gemeinde zum „Augen links“ verleitet wird. Ihren eigentlichen Platz nimmt die Kaiserloge ein.

Um das Unglück voll zu machen, ist die (provisorische) Kanzel von verblüffender Einfachheit, sie wirkt wie ein Küchenstuhl in einem Feenpalast. Hier gleitet der Blick gelangweilt ab, um anziehendere Bilder zu erfassen; der Geistliche erscheint uns wie ein Tier auf dürre Heide, und ringsherum ist bunte Augenweide, die denn trotz allem interessant ist, als die polemischen Ausführungen des Dompredigers gegen die Feinde der Kirche.

Die Erbauung der Christenheit, der ich zum Teil beiwohnte, schloß recht sinnig mit geschäftlichen Mittelungen, wie die Anpreisung von Domanischen à 1 Mark und Predigten à 30 Pfennig. Der Herr Domprediger ging mit einer tiefen Verbeugung ab. Ein Blick nach rechts zeigte mir, warum. Der Diener des höchsten Herrn diente vor dem allerhöchsten Herrn, der mit Familie in seiner Loge dem Gottesdienst beigewohnt hatte. Nach dem Vaterunser verließ sich die Menge der Neugierigen, und wenn ich's nicht vorher gemerkt hätte, so belehrte mich ein Blick auf die Anzahl von Schutzleuten und Polizeioffizieren, mit welchen illustren Personen ich zwanzig Minuten unter der Kuppel des Domes gewellt hatte. Wir dünkte es freilich Gotteslästerung und Majestätsbeleidigung zugleich, daß man den Stifter des Domes mit einer Wolke von Polizisten schirmen zu müssen glaubte, nachdem er soeben den Tempel des „allmächtigen Gottes“ verlassen hatte, ohne dessen Willen kein Sperling vom Dache fallen soll.

W. R.

Nikolai.

Von Gottfried Keller.

Unabsehbar auf der Steppe liegt nah und liegt ferne
Ohne Ton die Himmelskugel, sonder Farbe, sonder Sterne.

Unaufhörlich Schneegestöber niederweht auf Dorn und Steine,
Deckend in den Wagengleisen bleiche polnische Gebeine.

Horch, was fauset im Galoppe wie ein Geisterzug vorüber?
Langgestreckt schwirrt an der Erde eine wilde Jagd hinüber.

Mäntel flattern, Reiter flogen, bärt'ge Reiter windgetragen,
Rings umschwebt von ihren Lanzen ohne Räder glitt ein Wagen.

Leise zittert noch die Heide; doch dann wird es stille wieder,
Nur der Schnee in weißen Flocken fällt mit stummer Last hernieder.

Und ein Rabe sitzt im Dorne, rauscht empor und krächzet heifer
Durch die ausgestorbenen Lüfte: Ruffenkaiser! Ruffenkaiser!

Wieder hallt es in den Höhen, und die grauen Lüfte sprechen,
Wie mich dünkt, mit kaltem Hauche: Wie ein Noth wird er zerbrechen!

Die beiden Brüder.

Von Iwan Turgenjef.

Ich hatte eine Vision.

Mir erschienen zwei Engel . . . zwei Genien.

Ich sage Engel und Genien, weil beider Körper vollkommen nackt und unbekleidet waren und jeder von ihnen mit zwei mächtigen, langen Flügeln beschwingt war.

Beide waren Jünglinge. Der eine hatte ein wenig üppige Glieder, eine weiche Haut und schwarze Locken. Feuerig rollten seine braunen Augen unter den dichten Wimpern; sein Blick war einschmeichelnd, heiter, begehrlieh. Anmutig und bezaubernd war sein Antlitz — bald lähn-verwogen, bald ein wenig böshaft. Leise zuckten die weichen Lippen. Der Jüngling lächelt, wie ein Nachthaber — selbstvertrauensvoll zugleich und trög. Ein üppig schöner Blumenkranz ist leicht in seine glänzenden Locken gedrückt und berührt fast die herrlichen Samtbrauen. Ein buntes, von einem goldenen Pfeile zusammengehaltenes Parbelfell fällt von der runden Schulter leicht auf die gewölbte Hüfte herab. Rosenfarbig schillert das Gefieder der Flügel; ihre Enden sind hellrot, als ob sie in purpurfarbenes frisches Blut getaucht wären. Von Zeit zu Zeit erzittern sie hastig, mit silberartigem Mauschen — dem Mauschen eines Frühlingsregens.

Der andere Jüngling ist hager und von gelblicher Hautfarbe. Bei jedem Atemzug werden seine Rippen sichtbar. Sein Haar ist blond, dünn und schlicht; ungewöhnlich große, runde, blaßgraue Augen . . . Der Blick unruhig, von seltsamem Glanze. Alle Gesichtszüge zugespitzt; der kleine, halb offene Mund von Fischzähnen besetzt; eine zusammengekniffene Adlernase, ein vorspringendes, mit weißlichem Flaum bedecktes Kinn. Diese dünnen Lippen haben noch niemals — nicht ein einziges Mal! — gelächelt.

Welch ein abschreckendes, regelmäßiges, mitleidsloses Gesicht! (Auch jenes anderen, schönen Jünglings Antlitz ist übrigens, obgleich lieblich und anmutvoll, doch jeden Ausdrucks von Mitleid bar.) Mund und dieses strenge Haupt schlingen sich einige taube, zerknitterte Ähren, die von einem verwehten Hälchen zusammengehalten werden. Ein grobes graues Gewand umgibt seine Lenden; seine dunkelblauen, glanzlosen Schwingen bewegen sich langsam und drohend.

Die beiden Jünglinge schienen unzertrennliche Gefährten zu sein.

Sie lehnten sich einer auf die Schulter des anderen. Die kleine weiche Hand des einen hing wie eine Weintraube an dem dünnen Schulterbein des anderen herab; die schmale Hand des anderen zog sich mit ihren dünnen, langen Fingern gleich einer Schlange über die weiblichzarte Brust des ersteren. Und ich vernahm eine Stimme, die also sprach:

„Vor dir stehen Liebe und Hunger — zwei leibliche Brüder, die beiden Grundpfeiler alles Lebens.“

„Alles, was lebt, bewegt sich, um sich zu nähren, und nährt sich, um sich fortzupflanzen.“

„Liebe und Hunger — sie haben beide ein Ziel: zu verhindern, daß das Leben nicht aufhöre — das des einzelnen sowohl wie das fremde, das der Gesamtheit.“

Wir sind die Saat.

Von Otto Erich Hartleben.*

Da stehen sie im schmutzigen, zerrissnen Rock.
Der Rot der Gasse klebt an ihrem plumpen Fuß.
Da stehen sie und starren blöden Augs dich an
und bergen beide Häufte in den Taschen tief.

Du gabst die Stimme jenem Mann, den sie erwählt,
der ihrem Glend laute Worte leihen soll,
und ihrer Sache gabst du wohl weit Größeres schon.
Nun trittst du aus dem Haus. Sie fällen rottenweis
vor dir die Straße. Schweigend schauen sie auf dich
mit diesem stummgebornen Haß im trägen Blick.

Dem Tiger auf der Lauer funkelt das Auge doch,
es geht ein Gluthauch vor des Löwen Rauchen her,
doch dieses Volk, es laftet, stumm wie der Fessendang
ob deinem Haupt — und plötzlich löst es sich und fällt.

Nicht was du willst, noch was du immer sinnst und denkst —
nein: was du bist, und daß du also worden bist,
das ist die Sünde, unter deren Fluch du siehst.
Du bist das Opfer, und mit dir dein ganz Geschlecht. —
Fürchtbares Schicksal: ohne Recht geboren sein
im Heute noch im Morgen! Ein verwehter Wald,
der nie gegrünt! Ein Kind, im Mutterleibe stoch!
Wir sind die Opfer fremder, langgehafter Schuld . . .

Wir sind die Opfer einer fernern schöneren Zeit!
Wir sind die Saat! — — O mögen goldene Ähren einst
wogend verhüllen dunkler Erde vergessenen Grund!
Mögen der rote Mohn und der Cyanen Blau
als Edelsteine leuchten aus dem Goldgeschmeid!
Dann flattern die Falter freudig in der Sonne Strahl,
und Bienen summen honigtriefend überall!

* Aus „Meine Verse“. Berlin 1905, S. Fischer, Verlag.

Verantwortlich für die Redaktion: Dr. Clara Reiffen (Zurich), Wilhelmshöhe
Post Tegerloß bei Stuttgart.
Druck und Verlag von Paul Singer in Stuttgart.